

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 RM. monatlich 36 RM. jährlich 36 RM. monatlich 30 RM. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.30 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern je nach dem Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das heißt die ersten 20 Zeilen (außer 2 Zeilen für die ersten 10 Zeilen), jedes weitere Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 15. Juni 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Starker englischer Angriff bei Monchy.

## Vereinzelt starker Artilleriekampf in Flandern und im Artois — Französischer Angriff bei Vaucaillon — Der Luftangriff auf London.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Juni 1917. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Seceresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Sowohl in Flandern wie im Artois war nur in einigen Abschnitten der Artilleriekampf stark. Westlich von Ypern sprengten wir mehrere Minen, die in der englischen Stellung Verheerungen anrichteten. In kleinen Vorfeldkämpfen kam es südlich der Douve; die Lage ist unverändert geblieben.

#### Seceresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei Vaucaillon (nordöstlich von Soissons) griffen die Franzosen nach mehrstündigem Feuer an; sie wurden zurückgewiesen. Sonst blieb die Artillerietätigkeit meist gering.

#### Seceresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Besonderes.

Ein Geschwader unserer Großflugzeuge erreichte gestern Mittag London, warf über der Festung Bomben ab und beobachtete bei klarer Sicht gute Treffwirkung. Trotz starken Abwehrfeuers und mehrerer Luftkämpfe, bei denen ein englischer Flieger über der Themse abstürzte, kehrten alle Flugzeuge unverletzt zurück.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Geschütztätigkeit hielt sich in den üblichen Grenzen. Die russischen Besatzer sind in der letzten Zeit wieder tätiger geworden. Sie stießen mehrfach über unsere Linien vor; seit Anfang Juni wurden 5 abgeschossen. Bombenwurf auf Lutzkum wurde gestern durch Luftangriff auf Schlot vergolten.

### Mazedonische Front.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

### Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 14. Juni 1917, abends.

Südlich der Scarpe ist vormittags ein östlich Monchy nach Trommelfeuer vordringender starker Angriff der Engländer im Nahkampf abgeschlagen worden.

Sonst außer Erkundungsgesichten an keiner der Fronten etwas Wesentliches.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 14. Juni 1917. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden gestern nur Geschützkampf. Sonst nichts zu melden.

Der Chef des Generalstabes.

## Stockholms größte Gefahr.

Von Paul Göhre.

Das Gelingen der Stockholmer Friedenskonferenz ist heute noch von mancherlei Gefahr umdroht. Wie sehr, beweist die eine Tatsache, daß ihr eigentlicher Anknüpfungspunkt immer wieder hat hinausgeschoben werden müssen. Ihr Verlauf und Ausgang aber ruht noch in büllem Dunkel. Die neueste Gefahr droht ihr gegenwärtig von Frankreich her; aber die schwerste und verhängnisvollste doch aus ihrer eigenen Mitte.

Diese größte Gefahr liegt in der Friedensformel, die die Grundlage aller Verhandlungen bilden soll und für die Vorverhandlungen praktisch bereits bildet. Diese Formel lautet, wie nun schon weltbekannt, kurz und bündig: Allgemeiner Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker. In dieser Fassung aber birgt sich eine Unklarheit, die schließlich den Erfolg der ganzen Konferenzarbeit gefährden kann. Darauf hinzuweisen ist darum sozialdemokratische Pflicht. Noch ist es Zeit, den in der Formel stehenden Widerspruch zu erkennen, zu beseitigen und damit das Gelingen der Konferenz zu sichern.

Die erste Hälfte der Formel ist durchsichtig klar. Es soll ein Friedensschluß aller am Krieg beteiligten Staaten gleichzeitig herbeigeführt werden; keiner von ihnen soll Gebietsveränderung oder Kriegsschädigung beanspruchen oder erhalten; einbezogen in die Formel ist auch jeglicher Kolonialbesitz; er verbleibt dem, der ihn vor dem Kriege inne hatte. Das Alles heißt: Rückkehr zum status quo ante bellum, zu dem Zustand, wie er vor dem Kriege war. Kleinere, auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen vollzogene Grenzveränderungen sind dabei nicht ausgeschlossen, aber von nebensächlicher Bedeutung. Auf Grund dieser ersten Hälfte der russischen Formel erscheint ein rascher Friedensschluß als möglich, neue wirtschaftliche und handelspolitische Abmachungen, Schiedsgerichtsverträge, Freiheit der Meere und Meeresausdehnung.

Eine Ausnahme von der strikten Anwendung dieses Teils der Formel müßte nur für den Balkan gemacht werden. Nicht aus besonderer Zu- oder Abneigung gegen eines oder einige der Balkanvölker, sondern aus dem einfachen Grunde, weil die Rückkehr zu dem Zustande auf dem Balkan kurz vor dem Weltkrieg die Rückkehr zu völlig ungeordneten Verhältnissen bedeuten würde, was nur eine neue Gefahr für den Weltfrieden wäre. Als der Weltkrieg begann, hatte der Balkan bereits zwei Kriege hinter sich, ohne daß ihr Ausgang ihm Ordnung, Ausgleich, Ruhe gebracht hätte. Für den Balkan war der Weltkrieg nur die Fortsetzung der beiden Balkankriege. Frieden dort kann also schlechterdings nicht Wiederherstellung der Verhältnisse vor dem Weltkrieg, sondern nur Neuordnung derselben bedeuten. Diese erscheint für alle am Weltkrieg beteiligten Großmächte annehmbar unter dem Gesichtspunkte, einen Gleichgewichtszustand unter den hier dort beteiligten Hauptstaaten Bulgarien, Griechenland, Rumänien und Serbien herzustellen. Die Rückgabe der bulgarisch-mazedonischen Teile Serbiens an Bulgarien und die Vereinigung Serbiens mit Montenegro und dem zu einer eigenen Staatsbildung ohnehin unfähigen Albanien würde dies Gleichgewicht schaffen, ohne daß der Abschluß eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen gefährdet erscheint.

Die Gefahr beginnt erst bei den Worten der Friedensformel: „Auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker“. So klar der erste Teil der Formel ist, so unklar ist dieser zweite. Was sollen diese Worte bedeuten, welchen Sinn haben sie? Heißt das Errichtung eines eigenen und selbständigen Staates für jedes, aber auch jedes einzelne Volk? Oder heißt es nur Sicherung einer staatlichen Existenz für die, die eine solche bereits bisher besaßen, für alle andern dagegen nur freiheitlich-nationale Entwicklung im Rahmen des größeren Staates, dem sie bisher schon angehört? Oder soll von letzteren wenigstens ein Teil selbständig gemacht werden? Und wenn ja, wer soll das sein und wer nicht? Was heißt ferner „aller Völker“? Sollen Volkspoliten wie Letzen oder Littauer, Flamen oder Basken denselben Anspruch wie Polen, Ukrainer und Serben? Ja, soll diese Neugestaltung sich nur auf Europa oder auch auf andere Erdteile erstrecken? Alle Erdteile sind heute von den Flammen des Weltkrieges ergriffen, beinahe alle Völker der Erde, große, kleine und kleinste, weiße und farbige in seine Furchbarkeit hineingezogen. Bei wem von ihnen also soll das proklamierte Prinzip zur Anwendung kommen, bei wem nicht? Nach unseren sozialdemokratischen Überzeugungen ist auch der farbige Mensch unser Bruder, uns gleichberechtigt; soll also auch für Marokko, Tunis, Ägypten, für Haiti und die Philippinen das gleiche Recht auf freie, nationale Entwicklung gelten wie

## Stockholm.

### Die Verhandlungen der deutschen Delegation.

Stockholm, 13. Juni. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ueber die Verhandlungen der deutschen Delegation mit dem holländisch-kanadischen Komitee wird folgende Mitteilung abgegeben: Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Deutschlands hat am 11., 12. und 13. Juni mit dem holländisch-kanadischen Komitee über die Fragen verhandelt, die das Komitee den sozialistischen Parteien der einzelnen Länder vorgelegt hatte. Besonders eingehend wurde dabei die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu Elsass-Lothringen und die Belgien betreffenden Fragen behandelt. Die Behandlung der einzelnen Fragen war sehr eingehend. Zu den vorgelegten Fragen hatte die deutsche Delegation in einem eingehenden Memorandum, das wir demnächst veröffentlichen, Stellung genommen.

Die deutsche Delegation hat entsprechend den Beschlüssen des Internationalen Sozialistenkongresses von Kopenhagen dabei auch erneut ihre Auffassung über die Frage der internationalen Schiedsgerichte, der Rüstungsbegrenzung, die Abschaffung des Seebeuterechts und der Geheimdiplomatie vorgelegt und sich entschieden gegen jede Fortsetzung des Krieges als Wirtschaftskrieg nach dem Friedensschluß ausgesprochen. Auch internationale Vereinbarungen über eine Verbesserung und Ausdehnung der sozialpolitischen Gesetzgebung aller Länder wurden entsprechend den noch zuletzt vom Internationalen Gewerkschaftsbund erhobenen Forderungen verlangt.

Die deutsche Delegation erklärt sich, ihren früheren Beschlüssen entsprechend, ohne Vorbehalt zur Teilnahme an einer allgemeinen sozialistischen Friedenskonferenz bereit, weil sie es für selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialisten hält, für einen dauernden Frieden zu arbeiten.

Zum Schluß der Verhandlungen gab Troelstra eingehenden Bericht über die bisherige Tätigkeit des holländisch-kanadischen Komitees und die Vertreter des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Die holländischen Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus und die Vertreter der sozialistischen Parteien der drei skandinavischen Länder hätten sich durch die Schwierigkeiten, die ihrer Tätigkeit entgegenstanden, nicht abhalten lassen, unbeirrt ihre Ziele zu verfolgen, eine Basis zur Verständigung für gemeinsames Arbeiten aller sozialistischen Parteien für einen baldigen dauernden Frieden zu finden.

Wann eine allgemeine sozialistische Konferenz stattfinden kann, läßt sich noch nicht feststellen. Nach hier eingetroffener Drahtnachricht reist die Haasegruppe am 21. Juni von Berlin ab. — Eine Meldung ist hier eingegangen, daß die Engländer unterwegs sind.

## Die Vorgänge in Griechenland.

### Ententetruppen im Piräus und in Larissa.

Die Vorgänge in Griechenland sind bis auf weiteres in der Hauptsache abgeschlossen. Dem König ist von Herrn Jonnart ein französischer Jersörer zur Verfügung gestellt worden, auf dem er mit seiner Familie nach Italien abreisen darf, um von dort nach der Schweiz weiterzufahren. Der junge König hat seinen Eid auf die Verfassung bereits geleistet. Griechenland ist also „befreit“, hat es dabei aber nicht (wie man in Rußland vielleicht bemerken wird) zur Republik gebracht, sondern es ist Königreich geblieben, und ein Schwelgerthron des deutschen Kaisers ist König von der Entente Gnaden. In Paris, wo man darüber gut unterrichtet sein kann, will man wissen, daß der junge König „die Absicht habe“, die aufgelöste venizelistische Kammer wieder herzustellen und ein ententefreundliches Ministerium zu bilden. Der „Temps“ meint, daß man dem König gestattet habe, den Thron seinem zweiten Sohn zu überlassen, sei „ein starker Beweis von Großmut“.

Im Piräus sind mit Zustimmung der griechischen Regierung Truppen gelandet worden. In Larissa ist französische Kavallerie eingerückt, natürlich auch mit Zustimmung der griechischen Regierung. Es ist in Griechenland jetzt überhaupt nichts denkbar, was nicht mit Zustimmung der griechischen Regierung geschehen würde. Die deutschfreundlichen Führer Sunaris, Dusanis, Melaza und Merkuris werden sich laut „Daily Mail“ „vermutlich nach einem anderen Ort begeben, wo sie unter Aufsicht der Verbündeten stehen werden“.

Die griechische Gesandtschaft in Berlin hat auf indirektem Wege ein Telegramm des Ministerpräsidenten Paimis erhalten, worin bestätigt wird, was man ohnehin schon weiß.

### Griechen-debatte im englischen Unterhaus.

London, 13. Juni. (Reuter.) Unterhaus. Unter allgemeinem Beifall gab Bonar Law den Rücktritt des Königs Konstantin bekannt und erklärte, König Konstantin habe zugunsten seines zweiten Sohnes Alexander, der bereits den Eid geleistet habe, abgedankt. Wir hoffen, fuhr Bonar Law fort, daß dieses Ereignis zur Einigung Griechenlands und zur Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Regierung beitragen wird. Lynch fragte, was die Regierung durch die Abdankung König Konstantins zu gewinnen hoffe, wenn dieselben Wünsche unter anderem Namen fortduernten. Bonar Law erwiderte: Wir hoffen auf eine verfassungsmäßige Regierung, die ganz Griechenland vertritt.

Mac Neill sprach die Vermutung aus, daß man dem König gestattet habe, seinen Nachfolger selbst zu ernennen. Bonar Law entgegnete: Mac Neill befindet sich in einem Irrtum, wenn er sagt, daß der Nachfolger von König Konstantin ernannt worden sei.

für die kleinen europäischen Nationen? Wo — wohin man sieht, Unklarheiten über Unklarheiten, und eine Aufgabe, die sich ins Unermessliche dehnt und die auch eine stärkste Internationalität nicht zu lösen vermöchte.

Und schon machen sich diese Unklarheiten auch in der Praxis spürbar. Merenski hat in einer bedeutenden Rede zu Anfang April die Formel mit dem Wort von dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, der russische Ministerpräsident zu derselben Zeit im Namen der ganzen provisorischen russischen Regierung sie mit dem „Recht der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen“, umschrieben. Ist nun Selbstbestimmungsrecht und freie nationale Entwicklung wirklich ganz dasselbe? Der Fragebogen, den das holländisch-schwedische Komitee, das die Konferenz in die Wege geleitet hat, entwarf, und der namentlich die schwebenden Vorverhandlungen zugrunde liegt, bringt wieder eine andere und obendrein Doppelformulierung, redet nicht nur von dem „Recht der Völker, über sich selbst frei zu verfügen“, sondern auch von „Autonomie der Nationalität“. Was aber ist nun das wieder? Man schiebe diese Fragen nicht als Wortklauberei unwillig beiseite. Jeder, der politische Verhandlungen von großer Tragweite kennt, weiß, daß es bei ihnen auf peinlichste Eindeutigkeit ankommt; andernfalls werden sie nur eine Quelle neuen Streites und Ursache eines vollen Mißerfolgs. Dieser selbe Fragebogen bringt dann wörtlich folgenden Abschnitt b: „Anwendung dieser Grundsätze (von einem Frieden ohne Annexionen und Autonomie der Nationalität) auf konkrete Fälle: 1. Belgien, Serbien, andere Balkanländer, Polen, Finnland, Elbafürstentum, Nordschleswig, Armenien; 2. Litauen, Ukraine, die Tschechen und Juden; 3. die Kolonien“. Man beachte nun, daß hier nicht Beispiele angeführt, sondern die Gebiete aufgezählt werden, auf die nach dem Willen des holländisch-schwedischen Komitees das Selbstbestimmungsrecht der Völker angewandt werden soll. Sofort erkennt man nicht nur die Unvollständigkeit, sondern auch die Einseitigkeit dieser Liste. Was wird z. B., um nur Weniges zu nennen, aus Irland, Indien, dem Burenstaat? Nach den aus Stockholm veröffentlichten Berichten haben bisher Vorverhandlungen des Komitees mit den Oesterreichern, Tschechen, Ungarn und Bulgaren stattgefunden. Was ist das Ergebnis? Schon zwischen ihnen zeigen sich tiefgehende Meinungsunterschiede. Einige sind sie nur in der Forderung der Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Rumaniens“. Die Oesterreicher verlangen außerdem die „Selbständigmachung Finnlands und Polens“, während die Tschechen über beide sich ausschweigen. Dagegen treten auch die Ungarn noch für die Polen ein, aber mit einer Formulierung, die wieder stark von derjenigen der Oesterreicher abweicht: „Wiedervereinigung aller polnischen Gebiete zu einem polnischen Staate“ — das ist sehr viel mehr und deutlicher als das bloße: „Selbständigmachung Polens“. Denn das ist die Hauptsache, zu bestimmen, welchen Umfang ein selbständiges Polen haben soll. So weit es sich aber um Oesterreich-Ungarn selbst handelt, wollen weder Oesterreicher, noch Tschechen, noch Ungarn etwas von Selbständigmachung der österreichischen Einzelvölker, sondern nur von Autonomie und Entwicklungsfreiheit derselben etwas wissen. Ja, die Ungarn vergessen ihre eigenen Fremdvölker überhaupt und fordern nur „Demokratisierung Ungarns“. Schon hier also — welche Unterschiede, Unklarheiten, Gegenfälle! Wie hoch aber werden diese sich aufstürmen, wenn Russen und Italiener, Engländer und Franzosen, schließlich gar die Vertreter der Minderheitsparteien aller Länder auf der Bildfläche von Stockholm erscheinen werden? Und wie gedenkt man dann diese untereinander auszugleichen? Wenn überhaupt, so wäre das nur auf dem Wege verächtlicher Kompromisse möglich, die aber nur neue Gefahren für den Frieden der Welt in sich schließen würden.

Dieser ganze zweite Teil der Friedensformel widerspricht aber auch dem sozialistischen und marxistischen Prinzip über die Gestaltung und Fortentwicklung dessen, was heute Staat heißt. In den Augen des marxistischen Sozialdemokraten ist für Staatsbildung und Staatsfortbildung längst nicht mehr das nationale und ethnographische, sondern das ökonomische Moment von ausschlaggebender Bedeutung. Nicht Völkereinheitlichkeit, die ohnehin niemals rein erhalten ist, auch nicht nur geschichtliche Ueberlieferung und geographische Lage, sondern die Produktivkräfte sind heute, allerdings in gewisser Verbindung mit Ueberlieferung und geographischer Lage, das staatsbildende Element. Sie schaffen und schaffen noch immer wirtschaftspolitische Systeme, die rücksichtslos über die Köpfe vieler kleiner Nationen hinweggreifen, sich zu großen staatlichen Organisationen verhalten und namentlich wieder miteinander um ihre Plätze in der Welt ringen. Stets war dabei die Gewalt die Geburtshelferin des Neuen und wird es bleiben, solange der Kapitalismus herrscht. Denn es vollzieht sich in der Staaten- und Weltpolitik im Grunde genau derselbe Konzentrationsprozeß wie in der Industrie. Kleinere, bisher selbständige Staaten hoben neben ihnen nur eine Existenzmöglichkeit beiseite. Sie gleichen kleinen Spezialgeschäften neben Rammwarenhandlern, oder sie müssen sich, wollen sie sich behaupten, unter sich selbst wieder zu einem gemeinsamen Wirtschaftsorganismus zusammenschließen. Das letzte Ziel dieser Entwicklung ist die Durchorganisierung der Welt, die mit einem Gleichgewichtszustand der wenigen übergebliebenen überstaatlichen Riesengebilde enden muß, in dem endlich der Frieden der Menschheit geboren werden wird.

Von diesen Gedankengängen aus scheint mir auch der Weg aus der Unklarheit und den Widersprüchen der zweiten Hälfte der jetzigen Stockholmer Friedensformel gewiesen. Freie nationale Entwicklung der Völker kann nur Erhaltung ihrer Eigenart und Weiterentwicklung dieser Eigenart im Rahmen der heutigen großen Staatenorganisationen bedeuten. Oder praktisch und ganz deutlich gesprochen: Diejenigen kleinen Staaten, die vor dem Kriege noch selbständig waren, sollen es weiter bleiben oder wieder werden; diejenigen kleinen Völker aber, die schon damals in den Rahmen eines größeren Staates eingeordnet waren, sollen auch nach dem Kriege diesem, und zwar demselben wie damals, einverleibt bleiben. Aber jedem von ihnen soll die Autonomie ihrer Nationalität garantiert werden. Es soll also künftig allgemein für alle Nationen etwa das durchgeleitet werden, was unsere österreichischen Genossen schon längst vor dem Kriege für die Völkergemeinschaften Oesterreichs erstrebten, und was man damals mit einem gewissen Rechte die österreichische Internationalität nannte. Ein anderer Weg, um zu einem raschen Frieden zu gelangen, ist nicht denkbar, nicht gangbar und nicht sozialdemokratisch.

Dennach brauchte die jetzige Friedensformel nur um einen kurzen Zusatz erweitert zu werden. Sie müßte lauten: „Allgemeiner Frieden ohne Gebietsveränderungen und Kriegsschädigungen; freie nationale Entwicklung aller Völker im Rahmen desjenigen Staates, dem sie vor dem Kriege als Glieder angehörten.“

## Die Welt spricht davon — die Zensur verbietet!

In Italien.

Lugano, 14. Juni. Nach dem „Giornale d'Italia“ soll das neue Kabinett heute gebildet werden. Die Umgestaltung erfolgt hauptsächlich, um gewisse technische Ministerien anders zu besetzen. Die „Tribuna“ besagt, daß die Zensur verbietet, die Gründe für die Umänderung zu erörtern und die Namen derjenigen zu nennen, die die Differenzen verursacht haben, obgleich die ganze Welt sie kennt und davon spricht. „Messaggero“ erklärt, eine Frage schließe alle anderen in sich: ob das neue Kabinett entschlossen sei, energisch zu handeln und das Vertrauen des Volkes zu gewinnen — sonst werde schon morgen wieder eine neue Krise unausweichlich werden.

## „Eine unzweideutige und ehrliche Neutralität.“

Erklärung der schwedischen Regierung.

Der schwedische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Lindman, gab am Mittwoch in Gegenwart aller Mitglieder der Regierung zuerst in der Zweiten Kammer, darauf in der Ersten Kammer des Reichstages eine bedeutende Erklärung über die äußere Politik der Regierung ab.

Der Minister begann mit der Bemerkung, er halte es für richtig, sich im Reichstag noch vor Schluß der Tagung auszusprechen. Er schilderte nochmals die großen durch den U-Bootkrieg und die Blockade für Landwirtschaft und Industrie der Neutralen verursachten Verluste und Schwierigkeiten und fügte hinzu, daß, falls der Krieg nicht bald zu Ende ginge, man sich noch auf größere Leiden als bisher gefast machen müsse, um so mehr, als die schwedische Ernte in diesem Jahre zweifellos gering sein werde. Zum Schluß sagte er:

Und so glaube ich um so mehr, dem Gelübnis und der Gewissheit Ausdruck geben zu können, daß jedermann diese Entbehrungen und Opfer zu tragen wissen wird in dem Gefühl unser aller Einigkeit und der vollkommenen Uebereinstimmung der Auffassung zwischen allen Parteien über den von Beginn des Krieges an beobachteten Grundsatz, der dahin lautet, die Unabhängigkeit und Neutralität des Landes aufrecht zu erhalten, und der bis zu Ende befolgt werden wird. Dieser Politik der Neutralität verbanden wir unter anderen Wohltaten die Tatsache, daß wir uns bis heute bei den verschiedenen in Betracht kommenden Mächtegruppen wenigstens mit allen uns nötigen Waren haben versehen können. Es leuchtet ein, daß es, je länger der Krieg dauert, für die Kriegführenden desto schwieriger wird, die Lage der neutralen Staaten zu verstehen. Unter solchen Umständen handelt es sich darum, mit fester Festigkeit unsere neutrale Haltung zu bekräftigen und eine Politik zu treiben, die die Aufrechterhaltung der von dieser unserer Haltung abhängigen Handelsbeziehungen in jeder Richtung sichert.

Der Minister sprach hier den Satz aus: Es ist nicht unmöglich, daß wir uns bei der Beobachtung einer solchen Politik neuen Verwicklungen und Schwierigkeiten aussetzen. Er fuhr dann fort:

Aber in einem Punkt herrscht Einmütigkeit unter uns, darin nämlich, daß wir fest entschlossen sind, die unvermeidlichen Opfer zu bringen, um den großen Leiden zu entgehen, die die Teilnahme an dem Weltkriege für unsere Bevölkerung mit sich bringen würde. Die Verhaltenslinie, die sich unserer auswärtigen Politik aufzwingt, scheidet uns dementsprechend vor, einerseits die Unabhängigkeit unseres Landes zu schützen und andererseits, wie bis heute, eine unzweideutige und ehrliche Neutralität zu beobachten.

In beiden Kammern haben die Führer der verschiedenen Parteien ihre volle Zustimmung zu der auswärtigen Politik der Regierung ausgedrückt.

## Stauings Bericht.

Kopenhagen, 14. Juni. Minister Stauing erstattete in der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Bericht über seine Tätigkeit zur Vereinerung der Sozialdemokraten aller Länder in gemeinsamer Arbeit für den Frieden. Die Gruppe sprach einstimmig Stauing ihre Zustimmung zu seiner Arbeit für den Frieden aus.

## Die französischen Sozialisten und die Konferenz.

Der französische Parteivorstand ernannte eine Kommission zur Beratung und Beantwortung des von dem holländisch-schwedischen Ausschuss in Stockholm entworfenen Fragebogens. Die Kommission teilte sich in drei Unterabteilungen, um die drei Abschnitte des Fragebogens besonders behandeln zu können.

## Stockholmer Gewerkschaftskonferenz.

Stockholm, 11. Juni. (Fig. Ver.) Der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, äußerte sich über die hier abgehaltene internationale Gewerkschaftskonferenz und einige naheliegende Fragen in folgender Weise: Die internationale Gewerkschaftskonferenz war vom besten Geiste befeuert und gesteuert, Hoffnungen für die Zukunft zu hegen. Von allen skandinavischen Gewerkschaften und besonders von den Dänen kann man in allgemeinen sagen, daß sie während des ganzen Krieges uns deutschen Gewerkschaftlern gegenüber eine durchaus freundschaftliche Haltung eingenommen haben trotz der Spenerenschaft, die ein Teil der schwedischen Sozialdemokratie unter der Leitung Brandings gegen Deutschland und das Verhalten der deutschen Gewerkschaften im Kriege bezeugt. Zwischen uns und den skandinavischen Gewerkschaften haben ja auch schon lange vor dem Kriege enge Beziehungen bestanden, die sich auch in der wahrhaften Solidarität der deutschen Gewerkschaften bei den großen wirtschaftlichen Kämpfen, die in Schweden geführt wurden, betätigt haben. In Norwegen ist ja im allgemeinen die Stimmung mehr antideutsch wie in Schweden, aber auch die norwegischen Gewerkschaften haben sich in jeder Weise freundschaftlich zu uns gestellt und ihre Beziehungen mit uns aufrechterhalten.

Was die Situation der schwedischen Gewerkschaften anbelangt, so hatten sie nach dem Generalstreik von 1903 einen sehr schweren Rückschlag erlitten, wozu sie sich mit der Zeit recht gut wieder zu erholen begannen. Sie haben jetzt wieder 150 000 Mitglieder; vor dem Generalstreik hatten sie allerdings schon 200 000. Daß der alte Stand noch nicht wieder erreicht ist, muß auf den Krieg und die durch ihn bedingte Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgeführt werden. Die Arbeitslosigkeit scheint nicht groß zu sein, zumal ja die Armeesicherung der Neutralität bedeutend vergrößert ist.

Alle neutralen Länder leiden, auch noch unseren gewerkschaftlichen Erfahrungen, in gleicher Weise unter der furchtbaren Feuerung der Kriegsjahre, mit der die Entwicklung der Völker nicht gleichen Schritt hält, und das ruft wieder solche soziale Kämpfe hervor. Vor einiger Zeit gab es in Holland, in den

letzten Tagen auch in Norwegen und Schweden große Demonstrationen gegen die Zensur.

Die Arbeiten der internationalen gewerkschaftlichen Vorkonferenz dürfen als befriedigend bezeichnet werden. Der gemeinsame Aufzug zu einer endgültigen und vollständig beschiedenen internationalen Gewerkschaftskonferenz wird doch wohl nicht unbeachtet bleiben, um so mehr, als die französischen Gewerkschaftler schon zu Weihnachten des letzten Jahres ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz erklärt haben.

## Kronstädter Schulschiffe gehorchen.

Petersburg, 14. Mai. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Entsprechend den Anordnungen der vorläufigen Regierung haben sich mehrere Fahrzeuge des Kronstädter Schulschiffgeschwaders schon nach Björkö und Trangsund begeben, während die anderen Schiffe dieses Geschwaders Kronstadt verlassen werden, sobald sie fahrtbereit sein werden.

## Das neue ungarische Kabinett.

Es ist kaum ein vollkommenerer politischer Gegensatz denkbar als der zwischen dem scheidenden Kabinett Tisza und dem neuen Ministerium Esterhazy, in dem die Parteien der Linken ausschlaggebend vertreten sind. Aus Budapest wird gemeldet:

Der Bahrechtsblock hat in einer Sitzung, an der alle für das allgemeine Stimmrecht kämpfenden Parteien teilnahmen, seine Zustimmung erteilt, daß zwei Vertreter des Blocks, nämlich die Abgeordneten Graf Theodor Batthyany und Wilhelm Vajzsony, in das neue Kabinett eintreten, um die neue Regierung bei der Durchführung der Wahlrechtsreform zu unterstützen.

In den Klättern werden bereits die Träger der verschiedenen Ministerien genannt. So soll Graf Moriz Esterhazy den Reichs- und das Innere übernehmen; Apponyi soll Kultusminister, Graf Bela Serenyi Handelsminister werden. Einzigwärtiger Finanzminister soll Dr. Gustav Graf, Ackerbauminister Bela Vajzsony, Minister für Kroatische Kladder Jach werden. Diese Ministerliste ist jedoch nicht aufgestellt.

Graf Esterhazy will Donnerstag in Wien, um die Ministerliste dem König vorzulegen. Von beiden Vertretern des Bahrechtsblocks soll Graf Batthyany vorläufig das Ministerium am Hoflager des Königs, Wilhelm Vajzsony vorläufig das Justizministerium übernehmen.

Das wichtigste ist, daß Graf Karoly wegen seiner besonderen, gegen das Bündnis mit Deutschland gerichteten Auffassung nicht mehr als Ministerkandidat genannt wird. Trotzdem wird der Vizepräsident seiner Partei, Graf Theodor Batthyany, als „Minister am Hoflager des Königs“, will sogar als Wiener Vertreter der ungarischen Regierung ins Ministerium eintreten — ein Beweis, daß die Karolyi-Gruppe dem neuen Ministerium mindestens in der inneren Politik nahesteht. Der Ministerpräsident hat sich zur Czernischen Außenpolitik bekannt, „die in vollem Einklang mit unseren Verbündeten erfolgt“.

Die Großen Karolyi und Apponyi vertreten die volle handelspolitische Selbständigkeit Ungarns und haben gegen den Ausgleich Tisza-Stürgb, der eine zwanzigjährige Bindung vorsah und als Grundlage der wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit dem Deutschen Reich dienen sollte, Front gemacht. Sie können nicht plötzlich umlernen. Es soll daher ein Kompromiß in der Art bevorstehen, daß das Ministerium in seiner Erklärung die handelspolitische Selbständigkeit Ungarns betont und in den Ausgleich überdies eine Bestimmung aufgenommen wird, die nach Ablauf von zehn Jahren das Kündigungsrecht einräumt, wonach freilich mindestens rechtlich von der „Langfristigkeit“ des Ausgleichs nicht mehr viel übrig bleibt.

Erwähnt sei noch, daß der neue ungarische Ministerpräsident am Montag mit der sozialdemokratischen Parteileitung konferiert und dabei das Haus unseres ungarischen Parteiblattes, der „Nepszava“, besucht hat, in dem auch die Parteileitung ihren Sitz hat.

## Neue Steuern in Frankreich.

Paris, 13. Juni. (Havas.) Der Finanzminister teilte dem Haushaltsausschuss die Ausarbeitung eines Systems neuer Steuern mit, die 1200 Millionen Franken einbringen sollen. Eine Steuer von eins vom Tausend auf Zahlungen im Handelsbetriebe wird auf die Zahl der Umsätze gelegt werden und soll 50 Millionen Franken erbringen. Eine Steuer auf Aufwendungen im Privat Haushalt, abgesehen von Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Riete, soll sich auf fünf vom Hundert für Kleidung, Mobiliar usw. und auf zehn vom Hundert für Luxusausgaben belaufen und 450 Millionen Franken bringen. Ein Gesehentwurf führt eine Erbschaftsteuer bei Antritt des Erbes und eine jährliche Abgabe auf den Wert der Erbschaft während des Lebens des Erben ein. Der Minister schlägt noch die Erhöhung der Erbschaftsteuer für den Fall vor, daß nur ein Erbe vorhanden ist, ferner die Aenderung der Portofreiheit der Soldaten, die Erhöhung der Eisenbahntarife, die Aenderung oder Ausgleichung gewisser bestehender Abgaben, hauptsächlich auf Kriegsgewinne, und gerichtlicher Beurteilungen, und sieht endlich Maßnahmen gegen betrügerische Umgehungen der Steuern vor.

## Schwedische Kriegssteuer.

Der schwedische Reichstag hat eine außerordentliche Einkommens- und Vermögenssteuer beschlossen. Danach sollen Privatpersonen mit einem Einkommen von 6000 bis 8000 Kronen eine Steuer von 1½ Proz. zahlen, und diese Steuer soll bis zu einem Einkommen von mehr als 150 000 Kronen schrittweise auf 7 Proz. steigen. Die Regierung hat eine Staffelung von 2,1 bis 5 Proz. vorgeschlagen. Für die Besteuerung von Gesellschaften wurde folgender Maßstab festgesetzt: 0,8 Kronen auf 100 Kronen Gewinn, wenn die Verzinsung 5 Proz., aber nicht 5½ Proz. des Kapitals übersteigt, steigend bis auf 4 Kronen vom Hundert, wenn der Gewinn mehr als 100 Proz. des Kapitals beträgt. Hier hatte die Regierung vorgeschlagen 1,20 Kronen für 100 bei einem Gewinn von 4 bis 4½ Proz. des Kapitals, steigend bis zu 3,27 Kronen vom Hundert, wenn der Gewinn 100 Proz. des Kapitals übersteigt.

## Der Luftangriff auf London.

Ueber den Luftangriff auf London sagt eine Mitteilung, die das Wolff-Bureau verbreitet: Am 13. Juni, 1 Uhr mittags deutscher Zeit, wurde die Festung London bei Haritzem Weiler von einem geschlossenen Geschwader deutscher Großflugzeuge unter persönlicher Führung des Geschwaderkommandeurs Hauptmann Brandenburg angegriffen. Die Ziele des Angriffs waren die in der Mitte der Stadt gelegenen Docks, Werften und Bahnanlagen sowie flammige Magazine und Speicher, die sich auf beiden Ufern der Themse entlangziehen. Zahlreiche Brände brachen aus und fanden an den ausgo-

**Reifen Vorläufer reiche Nahrung.** Das Geschwader hielt sich länger als eine Viertelstunde über seinem Angriffsziel auf. Trotz englischer Abwehrmaßnahmen lehrten sämtliche Flugzeuge unverfehrt in ihre Heimatstätten zurück. Ein feindliches Flugzeug wurde über der Themse im Luftkampf abgeschossen und stürzte brennend in die Tiefe.

Eine englische amtliche Mitteilung sagt: Die ersten Bomben wurden etwa um 11 1/2 Uhr vormittags in den östlichen Außenbezirken Londons abgeworfen. Zahlreiche Bomben fielen dann in schneller Aufeinanderfolge in den verschiedenen Bezirken des Eastend nieder. Eine Bombe traf einen Eisenbahnzug bei der Einfahrt in die Station; hierbei wurden 7 Personen getötet und 16 verwundet. Eine weitere Bombe traf eine Schule, tötete 10 und verwundete etwa 50 Kinder. Zahlreiche Speicher wurden beschädigt, hierbei wurden im Londoner Gebiet 41 Personen getötet und 121 Personen verwundet; diese Liste ist aber noch nicht vollständig. Die endgültigen Zahlen können größer sein. Der Luftangriff über London dauerte 15 Minuten.

Nach einer weiteren englischen amtlichen Mitteilung zählt die vollständige Opferliste 26 Männer, 16 Frauen und 26 Kinder als getötet, 223 Männer, 123 Frauen und 91 Kinder als verwundet. Schäden an Heeres- und Marine-Einrichtungen sei nicht zu bezichnen.

Über Amsterdam werden noch folgende Einzelheiten gemeldet. Die Flugzeuge flogen in einer Höhe von 17000 Fuß. Bis weit in die Vorstädte konnte man deutlich das Geräusch der Granaten und den Lärm der Abwehrgeschütze hören. Eastend hatte am meisten zu leiden. Hier wurden auch Schulen getroffen. 4 Bomben explodierten in einer anderen Schule. Viele Schulen wurden schnell geräumt, was man vorher wochenlang mit Rücksicht auf Luftangriffe mit den Schülern geübt hatte. Eine Bombe fiel in eine enge Straße, wo eine Vertiefung von 7 Fuß in die Erde geschlagen wurde. Unzählige Fenster wurden zertrümmert. An einigen Orten riefen die Bomben dicke Rauchwolken hervor, was zu dem Gerücht Anlaß gab, daß giftige Gase in einige Gebäude eindringen seien. Dieses Gerücht hielt sich jedoch später als falsch heraus.

Der Londoner Korrespondent des „Sondensblades“ meldet, daß der Materialschaden an den Orten, wo die Bomben niedergefallen waren und wie er selbst mit eigenen Augen gesehen habe, groß sei. Da und dort seien auch Brände entstanden. 5 Waggons des getroffenen Rauges wurden vernichtet und gerieten in Brand. Verschiedene Reisende sind unter den Trümmern begraben. Die Station wurde eine Stunde lang geschlossen, bis die Toten und Verwundeten sorgfältig beseitigt waren. Eine andere Bombe fiel in eine enge Straße, wo 100 Männer und Frauen arbeiteten. Die drei oberen Stockwerke wurden total zerstört. Als die Leute die erste Explosion hörten, suchten sie sämtlich Zuflucht im Keller, so daß niemand zu Schaden kam. In einem Stadteck, das aus einem labyrinthisch schmalen Straßen mit kleinen Häusern besteht, hatte die arbeitende Bevölkerung schwer unter den Explosionen zu leiden. Eine Bombe fiel auf ein großes Magazin, in dem eine Anzahl Mädchen arbeitete. Sechs wurden getötet, während 60 schwer verletzt und viele andere leichter verletzt wurden. Eine andere Bombe explodierte in einer Kammer; ein Mädchen wurde getötet und drei andere verletzt. Eine Bombe fiel zwischen zwei riesige Häuserblöcke mit einer Einwohnerzahl von 3500 Menschen.

Die Flugzeuge blieben trotz des nach Sichtung beginnenden Abwehrfeuers beisammen mit dem direkten Kurse nach dem Eastend von London. Dort haben sie sich augenscheinlich getrennt, denn die Tausende, die durch den Schall der Explosionen auf die Straße gelockt wurden, sahen bald hier, bald dort immer nur ein Flugzeug. Rücklich der Themse kamen die Flugzeuge wieder zusammen. Sie hielten sich immer noch in sehr großer Höhe von mindestens 17000 Fuß. Wiederholt sah man dicht in ihrer Nähe die Granatartillerie der Abwehrgeschütze zerspringen. Das Schreien der Angreifer indes nicht, denn sie verfolgten in einer Fluglinie weiter ihren Kurs nach Osten.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 13. Juni. In den Sperrgebieten um England sind durch die Tätigkeit unserer U-Boote 20 100 Br.-R.-T. versenkt worden. Unter den Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Pomius“ (6600 Br.-R.-T.) mit 9700 Tonnen Südgut von England nach Indien, der französische Segler „St. Hubert“ mit Kohlen nach Frankreich, die englischen Fischdampfer „Golden Hope“ und „Virgilia“; von letzterem wurde der Kapitän gefangen genommen. Unter den Ladungen der übrigen versenkten Schiffe befanden sich u. a. hauptsächlich Holz, ferner Südgut, sowie Teu und Fischlein nach England. Eines unserer U-Boote hatte mit einer Segler-U-Boote-Kollision bei den Hebriden ein Gefecht, wobei das U-Boot mindestens vier Treffer auf der U-Boote-Kolle erzielte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Paris, 12. Juni. (Havas.) Der Postdampfer „Equana“ (5337 Br.-R.-T.), von der Compagnie „Sudatlantique“, ist am 3. Juni, 2 Uhr morgens, im Atlantischen Ozean torpediert worden. Er holte 550 Passagiere und 100 Mann Besatzung an Bord. Die Zahl der Vermissten beträgt 130.

## Kleine Kriegsnachrichten.

**General Gurko Nachfolger.** Das Österreichische Bureau meldet aus Petersburg: Die Zeitungen teilen die Wahl des Generals Denton, des früheren Chefs des Generalstabes, zum Oberbefehlshaber der Armee an der westlichen Front an Stelle des Generals Gurko mit.

**Krasnik in Petersburg.** Die Petersburger Telegraphenagentur meldet vom Mittwoch: Krasnik ist hier eingetroffen. Er wurde am Wohnort vom Kriegsminister Kerenski und anderen Mitgliedern des Kabinetts sowie einer militärischen Ehrenwache und zahlreichen Arbeitervertretungen empfangen.

Die amerikanische außerordentliche Abordnung mit Senator Root an der Spitze ist in Petersburg eingetroffen.

## Politische Uebersicht.

**Die Revolution zu Pferde und die Revolution zu Fuß.** Der Ruhm des Generals der Kavallerie, Freiherrn v. Goltz, beginnt zu schwinden. Denn am Himmel der alldeutsch-konservativen Revolution ist ein neues Gestirn aufgegangen, vor dessen hellem Glanz sich das beschwindende Licht des modernen Generals wie eine arme Nachlampe ausnimmt. Herr Dr. Schmidt-Gebharts ist zwar nur ein bescheidener Infanterist der guten Sorte, Herausgeber der „Politisch-anthropologischen Monatschrift“ und konservativer Wanderredner. Aber wie anders weicht der seinen Vlederwisch zu führen!

Im Jubiläum seiner Zeitschrift schreibt er: Warum nun wird innerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes nicht jeder, der mit diesem wahrhaft teuflischen Geiste (natürlich Englands) sich zu vertragen, unverständigen auch nur im entferntesten hofft oder gar wünscht,

Kon der aufbrausenden Volkswut wie ein giftiges Gewürm zohret und als unförmliche Leiche zur öffentlichen Warnung an den Franger gestellt?

Kommt es nun aber zum „Scheidemannfrieden“, was dann?

Die Revolution wird dann nicht etwa nur unten, sondern in allen Schichten gleichzeitig ausbrechen; aber was wird es dann heißen, wenn die Petrogenen ihre angeblich „demokratischen“ Wortführer, wie der Sturmwind das dürre Laub, davonjagen? Es wird uns kein Land und keine Kriegentscheidung zurückbringen. . . . Die Volkswut wird dann vielleicht diejenigen, deren sie hehohst werden kann, in Stücke reißen, aber was wird das dann noch nützen? . . . Dann aber könnte auch unsere Regierung einmal die Erfahrung machen, daß es nicht gut ist, immer nur vor dem feindlichen Auslande und den Führern der Sozialdemokratie Angst zu haben und Nachgiebigkeit zu zeigen. Es könnte dann in unserem gesamten Volk einschließlich der bisher sozialdemokratisch beeinflussten Handarbeiter ein „Mour teutonius“ losbrechen, gegen den der auf dem Schlachtfelde bewiesene nur ein Kinderspiel ist.

Auf die Sozialdemokratie ist dieser alldeutsch-konservative Schlagodbro natürlich sehr schlecht zu sprechen, aber hauptsächlich deshalb, weil sie keine Revolution machen will. Die Regierung, meint er, würde nicht gestürzt werden, denn das wäre, allen bisherigen Erfahrungen nach, nur durch eine Revolution möglich, und wer soll die machen? Die Sozialdemokraten werden sich hüten. „Die wissen, was dabei herauskommt. . .“ Und daß sie das wissen, bedauert Herr Dr. Schmidt lebhaft. Denn: Ein paar Maschinengewehre in der Hand absolut zuverlässiger Leute — und die finden sich bei uns unter allen Umständen noch — würden genügen, um auch die größten Massenansammlungen in den Großstädten mit Leichtigkeit auseinanderzusprengen.

Wenn es sich nicht um das Blut der eigenen, ohne ihre Schuld von der Regierung mißleiteten und von ausländischen Agenten irreführten Volksgenossen handelte, dann könnte ein Vaterlandsfreund fast wünschen, daß solche Strafenpulsversuche gemacht würden; denn dann würde, mühe endlich, endlich eine andere, willenskräftige, entschlußfähige Regierung die an der Erde schleifenden Jügel ergreifen und die inneren wie die äußeren Angelegenheiten, die ja beide auf das innigste miteinander zusammenhängen, im nationalen — nicht internationalen — Interesse lenken und leiten.

Indem wir dem Herrn Verfasser für die freundlichen Bemerkungen, die er uns entgegenbringt, bestens danken, nehmen wir für diesmal von ihm Abschied.

## Verwandte Seelen.

### Ein Beitrag zur Methodik der Völkerverheerung.

Am 14. Juni 1917 veröffentlicht die alldeutsche „Deutsche Tageszeitung“ begeistert zustimmend die Aufsätze eines Deutschen, in der er, wie sie sagt, „mit vollem Recht“ von den Kampfesarten der Engländer heißt:

„Mörder und Bestie ist noch ein schmeichelhafter Ausdruck für diese Tiere. . . Ich habe die Empfindung, daß man in der Heimat noch immer nicht so recht das Bewußtsein hat, um was es geht. Denn in der Heimat sind drei Dinge not: Das, das und noch einmal das! Wenn man in der Zeitung liest, worüber und vor allen Dingen (in der Heimat) beraten wird, so sträuben sich einem die Haare zu Berge: wie man das gegen England tun kann, darüber sollte man beraten. . .“

(Die Auszeichnungen sind dem Original in der „Deutschen Tageszeitung“ entnommen.)

Red. d. „Vorw.“

Am gleichen 14. Juni entziffen sich die gleichfalls alldeutschen „Berliner Neueste Nachrichten“ darüber, daß der Engländer W. Dudley in der englischen Zeitschrift „Globe“ folgendes geschrieben hat:

„Die Admiralität berichtet, wir hätten das Glück gehabt, bei Dover das Leben von zehn deutschen Offizieren und 95 Matrosen zu retten. Wahrhaftig ein Glück! Welch ekelhafte Sentimentalität! Welch weiblicher Dumbog! Das Leben dieser gemeinsten Verbrecher zu retten, die je den Namen Mensch getragen haben! Wird eine solche Veröffentlichung gemacht, um die englische Humanität darzutun? Wenn das der Fall ist, so wird das nicht nützen, es wird vielmehr nur dazu dienen, die Briten als sentimentale Dummlöcher hinzustellen. Durch die Rettung dieser deutschen Gauner wurde vielleicht den anderen deutschen Vooeten Gelegenheit gegeben, sich zu retten. Es ist ein Jammer, daß man der Welt nicht einprägen kann, daß die gänzliche Vernichtung der deutschen Rasse eine äußerst lobenswerte Tat sein würde.“

Der Deutsche und der Engländer, die dieses geschrieben haben, sind einander wert. Aber wir rechnen nicht mit ihnen. Es handelt sich bei ihnen offenbar um graufige seelische Verirrungen, wie sie bei schwächeren Naturen leider eine Folge des Krieges sind. Was wirklich Ekel erregt, das ist die Wut, in welche die Hefepresse des einen Landes jedesmal gerät, wenn sie ihr getreues Spiegelbild in der Hefepresse des feindlichen Landes erblickt.

## Der Kultusminister gegen feindliche Agenten.

Eine „amtliche Warnung vor der Wühlarbeit feindlicher Agenten“ hat, wie die „Kreuz-Zeitung“ berichtet, der Unterrichtsminister an sein Reich erlassen. Solche Warnungen sind ja nun während des Krieges viel erlassen, aber diese Warnung wird niemand ohne Besremden lesen können.

Unsere Gegner, heißt es darin, können einen für sie günstigen Ausgang des Krieges mit den Waffen nicht erzwingen. Sie versuchen deshalb andere Mittel, um ihr Ziel, die Vernichtung der Kraft und der Freiheit unseres Volkes zu erreichen. Sie geben neuerdings darauf aus, innerpolitische Schwierigkeiten bei uns hervorzuheben. Insbesondere suchen sie auch Mißtrauen in die Bevölkerung gegen unseren Kaiser und seine Regierung zu verbreiten. Sie erkennen, daß die Festigung unserer Zustände und die Kraft unseres Staatswesens in dem jahrhundertalten tiefwurzelnden gegenseitigen Treuverhältnis zwischen Fürsten und Volk beruht. Deshalb suchen sie diese segensreichen Beziehungen unter heuchlerischen Vorwänden zu lockern. Es liegen Beweise vor, daß feindliche Agenten in solchem Sinne mitten unter unserem Volke tätig sind. Das Gefühl der Empörung über die Anwendung solch tödlicher Mittel wird die böswilligen Wächter im Gegenteil verfehren und alle gesunden Teile unseres Volkes zu noch innigerem Anschluß an unseren Kaiser und an das Herrscherhaus und zu noch herzlicherem Vertrauen zu ihm aufrufen. Besonders unsere Jugend wird sich mit Entrüstung gegen derartige verwerfliche Machenschaften scheren und sich um so fester zu ihrem Kaiser und seinem Hause stellen. Der Minister spricht die höhere Erwartung aus, daß die Lehrer und Lehrkräfte aller Schulen Anlaß und Gelegenheit wahrzunehmen wissen, solche Gefühle in den Herzen unserer Jugend zu nähren und durch zeitgemäße Belehrungen zu festigen.

Dieser — mühe gesagt — beispiellos umgeschickte Erfolg vergiftet die Phantasie der Kinder mit romantischen Vorstellungen. Nicht in einem einzigen Falle ist ein Treiben „feindlicher Agenten“, wie es der Minister zum Gruseln schon zu schildern weiß, festgestellt, ja nur ernstlich behauptet worden! Dafür bringt der Erlach jeden, der „Mißtrauen gegen die Regierung“, am Ende gar gegen Seine Herrlichkeit, den Herrn Kultusminister selbst, in den Verdacht, ein „feindlicher Agent“ zu sein. Wir getreuen, daß dieser Erlach unter Vertrauen zur kgl. preussischen Regierung nicht gestärkt hat und warten getreut den Hochverratsprozeß ab, den Herr von Trott zu Solz diejerhalb gegen uns anstrengen mag!

## Die Verhandlungen über die mecklenburgische Landesverfassung.

In Schwerin begannen gestern die Beratungen über die Reform der mecklenburgischen Landesverfassung. Die mecklenburg-schweriner Regierung wird durch den Staatsminister Dr. Landfeld, die sverliger Regierung durch den Staatsminister Hoffart vertreten. Die Verhandlungen werden zunächst mehrere Tage in Anspruch nehmen.

## Die Hausbrandversorgung Groß-Berlins.

Gestern nachmittag fand im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz des Stadtrats Loehning-Berlin die erste Beratung des für die Hausbrandversorgung in Groß-Berlin gebildeten Arbeitsausschusses der Groß-Berliner Gemeindeforen statt.

An der Sitzung nahmen neben den Vertretern der Groß-Berliner und Stadteingemeinden und je zwei Vertretern der in den Nachbarorten vereinigten Groß-Berliner Gemeinden Vertreter des Staatskommissars für die Volksernährung und der Kriegsdienststellen in den Marken teil.

Es besteht allgemein Uebereinstimmung darüber, daß die notwendige Grundlage für alle von den Gemeinden zu treffenden Versorgungs- und Verteilungsmassnahmen eine möglichst umfangreiche und gesicherte Lieferung von Hausbrand-Brennstoff durch den Reichskommissar für die Kohlenverteilung sein muß, daß der Hausbrand, wenn auch unter durch die Anaptheit gebotenen Einschränkungen, an Dringlichkeit und Bedeutung für die Kriegsführung der Heimat hinter der Rüstungsindustrie nicht zurücktreten darf und daß ebenso wie die Oberverteilung, das heißt die Zufuhr von den Zechen zur Gemeinde, Sache des Reichskommissars sein muß, die Unterverteilung innerhalb der Gemeinden deren Sache ist und nicht durch empfehlende Richtlinien von oben gestellt werden darf.

Da der Reichskommissar für den Sommer die Zufuhr eines Drittels in einer bestimmten Menge berechnet auf den Kopf der Bevölkerung von den Zechen zur Bedarfsgemeinde bestimmt in Aussicht gestellt hat, so wurde vom Arbeitsausschuß zunächst die möglichst gleichmäßige Zufuhr dieser Menge an alle Haushaltungen bei Verteilung der Einfuhr von Bricket-Bezugscheinen beschlossen, deren Ausfertigung Sache der Wohnstättengemeinde ist. Gleichzeitig werden die Gemeinden eine Aufnahme der vorhandenen Mieter mit Zimmerzahl und bisherigem Bricketbezug veranlassen. Die Einzelheiten der zu erlassenden Verordnung, insbesondere auch das Maß der Abstützung je nach Größe der Wohnungen, werden in einem Unterausschuß mit Beschleunigung festgelegt werden. Diese beschleunigte Regelung wird den Zweck, in den wichtigsten Sommermonaten eine möglichst umfangreiche Vorratslieferung zu gewährleisten und unbefugtes Konsumieren zu verhindern, erfüllen. Die notwendigen Wintermassnahmen bleiben späterer Regelung vorbehalten.

Ueber die Kohlenversorgung der Häuser mit Zentralheizungen wurden definitive Beschlüsse noch nicht gefaßt. Auch bei ihr haben Bedarf und Bestandaufnahme sowie die durch die Anaptheit bedingten Einschränkungen des Einzelbedarfs bevor. Insbesondere werden einzelnen Hausbesitzern bereits gelieferte Mengen bei der Regelung ihrer Verdrückung finden. Die kürzlich durch die Presse gegangene Notiz, es sei eine mehrzügige Einstellung der Heizung in der Woche geplant, ist ein offensichtliches Mißverständnis. Die etwa notwendigen Massnahmen bewegen sich in anderer Richtung, wie z. B. in der Einschränkung der Warmwassererzeugung und in der Herabsetzung der Zimmertemperatur. Es besteht begründete Aussicht, daß sich bei dieser Versorgung der Hausbesitzer mit Zentralheizungs-Kohle der Bezugsschein wird vermeiden lassen.

(Siehe dazu auch Rubrik „Groß-Berlin“.)

## Letzte Nachrichten.

### Gefangene der Kiautschau-Besatzung freigelassen.

Berlin, 14. Juni. Auf Veranlassung der deutschen Regierung hat die japanische die Auslieferung von 25 invaliden Kriegsgefangenen der Kiautschau-Besatzung zugestanden. Nach privaten Nachrichten sind die Leute bereits freigelassen. Ueber den Zeitpunkt der Heimkehr der Leute, die unter dem Schutz der Schweiz stehen, ist zurzeit noch nichts bekannt. Ueber das Befinden der Invaliden gibt die Kiautschau-Abteilung des Reichsmarineamts Auskunft.

### Kerenski über seine Frontreise.

Petersburg, 14. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) In einer den Vertretern der Presse vom Kriegsminister Kerenski gewährten Unterredung über seine Eindrücke von der Front sagte der Kriegsminister: Die Stimmung an der Front ist am allgemeinen gut. In gewissen Abschnitten zeigen die Truppen großen Schwand. Die Organisation der Armee auf den neuen Grundstücken geht dank der wirksamen Unterstützung der Regimentsausführer, deren Ansehen beträchtlich ist, rasch und in günstiger Weise vor sich. Die Verdrückung findet jetzt überall an der Front einmütig Tadel und hat fast vollkommen aufgehört. Besonders die Fälle von Fahnenflucht rufen allgemeine Entrüstung unter den Truppen hervor, die die kräftigen Massnahmen gegen die Fahnenflüchtigen fordern. Die Organisation des Nachschubs von Verstärkungen und Verpflegung an die Front hat einen fühlbaren Fortschritt.

### Die italienische Kabinettskrise.

Rom, 14. Juni. („Frankf. Sta.“) Die Kabinettskrise wird nunmehr auch von dem offiziellen „Giornale d'Italia“ zugegeben. Eine Lösung der Krise scheint sehr fern zu liegen. Bisher scheint der Rücktritt Orlando als selbstverständlich.

### Der Pariser Fabrikschutz.

Genf, 13. Juni. (Frankf. Sta.) In dem Sitzungssaal des Gebäudes in dem Pariser Vorort Villancourt, in dem sich jetzt eine Kriegsmaterialfabrik befindet und der Automobilfabrik Renault gehört, teilt die französische Presse mit, daß diese Katastrophe sich in einem dreistöckigen Gebäude ereignete. Im ersten Stockwerk des Hauses arbeiteten Kompressionsmaschinen, im zweiten Schneidemaschinen und im dritten Stockwerk war das Magazin untergebracht. Der zweite Stock, in dem nur Arbeiterinnen mit Kriegsmaterial beschäftigt waren, stürzte vollends ein und begrub sämtliche etwa 600 Arbeiterinnen unter seinen Trümmern.

# Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

## Zur Lohnbewegung der Textilarbeiter.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ beschäftigt sich neuerdings mit der gewerkschaftlichen Lohnpolitik; sie behauptet dabei, daß sich die Gewerkschaften einfach über Gesetze hinwegsetzen, so auch über das Hilfsdienstgesetz. Zu dieser Schlussfolgerung kommt sie, weil jetzt der Textilarbeiterverband Rundschreiben verleiht, wodurch die Textilarbeiter aufgefordert wurden, Lohnforderungen zu stellen, und der Verband auch an die Unternehmer die Forderungen gelangen ließ, das Hilfsdienstgesetz aber vorschreibt, daß die Arbeiterausschüsse auch für die Lohnfrage die zuständigen Instanzen seien.

Diese Rechtsbelehrung der „Arbeiterzeitung“ ist recht maßig. Das Hilfsdienstgesetz verbietet den Arbeitern nicht, Lohnforderungen zu stellen. Die Textilmilchindustrie ist wohl die einzige Industrie, die der Zeit entsprechend die Löhne der Arbeiter nicht oder doch nur sehr unzureichend erhöht hat. Viele Textilunternehmer haben die eingerichteten Erwerbslosenfürsorgen für Textilarbeiter insofern ausgenutzt, als sie die Löhne nicht steigerten und die Arbeiter und Arbeiterinnen auf diese Unterstützung verwiesen.

Wie oft wurden dagegen die Preise für Textilzeugnisse gesteigert! Und jede Steigerung wurde damit begründet, daß die Arbeitslöhne gestiegen seien. Und was erhielten die Arbeiter mehr?

Hier einige Beispiele zu denen, die wir kürzlich veröffentlichten. In der Mechanischen Weberei zu Linden bei Hannover betrug der Stundenlohn bei Ausbruch des Krieges für Arbeiter (Lohnarbeiter) 37-42 Pf. die Stunde. Heute, nach drei Kriegsjahren, aber noch ebensobiel. Nur 1,50-3 M. — 3 M. in den seltensten Fällen — wurde Teuerungszulage gewährt. Der Preis für Fertigfabrikate in der Samtweberei ist aber in der Zeit von 1 1/2 bis 300 Proz. gestiegen. Die Weber erhielten erst in den letzten Tagen eine kleine Lohnerhöhung auf Arbeit für Kriegslieferungen. Aber auch erst dann, als niemand mehr zu den festgesetzten Lohnsätzen die Arbeit verrichten wollte. Dabei ist zu beachten, daß von Behörden öfter darauf hingewiesen worden ist, den Arbeitern anständige Löhne zu zahlen. Die Aktionäre sind dagegen in der Kriegszeit sehr anständig bezahlt worden. Die Arbeiter werden mit gelächelten Worten vertröstet, und erst wenn es zu tragen scheint, erhalten sie einige wenige Pfennige.

In der Herstellung von Papierstoffen ist es genau so. Obwohl der Konzern (Verein der Papier-Industriellen, der auch die Aufträge vom Staat erhält und der sie dann an die Fabriken weiter verteilt) beschlossen hat, anständige Arbeitslöhne zu zahlen, scheren sich die Unternehmer den Teufel darum. Die Arbeiter in der Papiergarn-Spinnerei erhalten Stundenlöhne von 17, 18, 19 bis 25 Pf. Die Weber, die meist im Afford beschäftigt sind, verdienen Wochenlöhne von 7,50 (Emsbörn) bis 21 M. bei täglicher Arbeitszeit bis zu 10 Stunden. Auch in Linden erhalten die Arbeiterinnen Stundenlöhne von 27 Pf.

Auch die Preise für Leinen- und Baumwollwaren sind bis zu 800 Proz. erhöht worden. Begründet wurde diese Steigerung mit der Erhöhung der Arbeitslöhne und der Preise für Rohmaterial. Die Arbeiter erhalten Teuerungszulagen von 1,50-5,00 M. wöchentlich, 5 M. aber nur in sehr seltenen Fällen. Die Steigerung der Preise für Wolllwaren, die ebenfalls bis 800 Proz. beträgt, wird gleichfalls mit der Erhöhung der Arbeitslöhne begründet. Die Arbeiter haben sich einige kleine Teuerungszulagen erst erzwingen müssen.

Der Kriegsausbruch für die Baumwollwaren hat am 19. Mai 1917 durchgeleitet, daß der Staat für alle Arbeiten 10-25 Proz. Preisaufschlag bezahlen soll. Dieser Aufschlag soll aber nur zur Erhöhung der Arbeitslöhne verwendet werden. Was ist eingetreten? Aus einem großen Textilbetriebe sind zwei Fälle bekannt, wo die Löhne freiwillig erhöht wurden. Die Mechanische Weberei in Linden mußte in den letzten Tagen mit einem Lohnaufschlag folgen, da ihr die Weberinnen davonliefen. — Die übrigen Unternehmer steden die Zuschläge ein und kümmern sich den Teufel darum, was aus den Arbeitern wird. Da ist es kein Wunder, wenn bei den Arbeitern der Grundsatz immer mehr Geltung gewinnt, daß der Krieg die Armen ärmert, die Reichen aber immer reicher werden läßt. Man muß die Textilarbeiterwohnungen und das Textilarbeiterdasein kennen, um darüber reden und schreiben zu können. Und wenn das die Schreiber der „Deutschen Arbeiterzeitung“ kennen würden, unterließen sie wohl ihren Anwurf. Gerade die Textilarbeiterverbände haben ihre Burgfriedensliebe gehalten bis in die letzten Tage, in der bestimmten Hoffnung, daß die Textilunternehmer ebenso wie die anderen Unternehmer Einsicht über würden. Darin haben sie sich aber geirrt, und es ist nur zu begreiflich, wenn die Arbeiter von ihren Organisationen ein energisches Vorgehen verlangen. Die Langmut der Textilarbeiter und -arbeiterinnen hat ein Ende!

## Berlin und Umgegend.

Die Brauerei Ernst Engelhardt & Co., Sansow und Charlottenburg, hat auf Anregung des Kellerarbeiterspersonals und nach Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß unter Hinzuziehung von Vertretern des Transportarbeiterverbandes ihren gesamten Arbeiter- und Fahrpersonal eine weitere Teuerungszulage von 2,50 M. wöchentlich gewährt. Diese Zulage wird vom 1. Juni ab berechnet und gelangt am Freitag, den 15. Juni, erstmalig zur Auszahlung. Den Arbeiterinnen wurde eine Zulage in Höhe von 1 M. wöchentlich zugesprochen. Die gesamte Teuerungszulage beträgt demnach

**Deutsches Theater.**  
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
Max Pallenberg  
in **Familie Schmek.**  
**Kammerspiele.**  
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Die Tänzerin**  
(mit Leopoldine Konstantin).  
**Volksbühne.** Theat. a. Blüowplatz.  
Untergrund. Schönhauser Tor.  
Heute bis einschl. Montag 7 1/2 U.:  
Letzte Aufführungen von  
**Ein Sommernachtstraum.**  
Dienstags zum 1. Male:  
**Die Königin der Luft.**  
(Gesangsposse.)

**Theater für Freitag, den 15. Juni.**  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.**  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
**Gebr. Herrfeld-Theater.**  
7 1/2 U.: Das Pensionsschwein.  
**Kleines Theater**  
7 1/2 U.: Hans im Schnakenloch.  
**Komische Oper**  
8 1/4 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.  
**Neues Operettenhaus**  
Schiffbd. 4a. Kassentel. Nord. 281  
7 1/2 U.: Der Soldat der Marie.

**Lessing-Theater.**  
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:  
Mario Ottmann u. Hans Waßmann in  
**Niobe.** Oper. v. O. Blumenthal.  
Musik v. Osk. Straus.  
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.  
**Theater i. d. Königgrätzer Str.**  
7 1/2 Uhr: Erdgeist.  
**Komödienhaus**  
8 1/2 Uhr: Wie fessle ich meinen Mann?  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.

**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin.  
**Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: Der Leibgardist.  
**Schiller-Theater O**  
7 1/2 U.: Götz von Berlichingen.  
**Schiller-Th. Charlottenb.**  
7 1/2 U.: Die Frau vom Meere.  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: Sonnwendzauber.  
**Theater am Nollendorfpl.**  
7 1/2 U.: Die Gulaschkanone.  
**Theater des Westens**  
7 1/2 U.: Stolze Thea.  
**Trianon-Theater**  
7 1/2 Uhr: Der Star.

für das männliche Personal 15 M. und für das weibliche 6 M. wöchentlich. Die Forderung der Arbeiter auf Gewährung einer höheren Lohnzulage erkannte die Direktion wohl als berechtigt an, erklärte jedoch mit Rücksicht auf die augenblickliche Situation — das Bestehen von Höchstpreisen und die Stellungnahme des Vereins der Brauereien zur Lohnpolitik — zurzeit nicht in der Lage zu sein, weitere Zugeständnisse zu machen.

## Parteinachrichten.

### Hinter wem stehen die Massen?

Die Gegner der Sozialdemokratie von rechts und von links behaupteten in der letzten Zeit im steigenden Maße, nicht hinter der Sozialdemokratie, sondern hinter ihnen ständen in der Kriegs- und Friedensfrage die Massen des Volkes. Da war es gewiß interessant, einmal eine Probe aufs Exempel zu machen. Diese Probe wurde in einer Anzahl Orte des Niederrheins gemacht, und der Ausfall dieser Probe hat all die Funturereien Lügen gestraft. Das Ergebnis ist: Die Massen stehen hinter der Sozialdemokratie und wünschen nur, diese möge ihre Kriegs- und Friedenspolitik entschlossen fortsetzen, aber auch draußen im Lande in öffentlichen Versammlungen die Rhetorik ihrer Politik bekanntgeben.

Auf Ersuchen der Parteileitung des Niederrheins hatte es der Reichstagsabgeordnete Genosse Krähig unternommen, in der Zeit vom 3. zum 10. Juni d. J. in acht Versammlungen zu reisen. Das Thema in allen Versammlungen lautete: „Sozialdemokratie, Krieg und Frieden“. Es fanden Versammlungen statt in Arefeld, Moers und Umgegend, Elberfeld-Barmen, Duisburg, Weidenich bei Duisburg, Herfloh, Ohligs und Hagen. Zum Teil handelte es sich um Orte, wo die Parteioorganisation geschlossen zu den Unabhängigen übergegangen ist, so in Elberfeld-Barmen, in der Stadt Duisburg und in Hagen. Auch ist jene Gegend ein Hauptummelplatz für die Alldutschen. In Essen hatte eben erst eine alldutsche Veranstaltung für Bereinigung des Krieges stattgefunden, auf welcher Herr Dr. Wötcher seine weitgesteckten Eroberungsziele zur Kenntnis gab. In Herfloh war Herr Landtagsabgeordneter Baumeister gewesen und hatte eine mächtige Rede für Eroberungen geschrien. Angesichts dieser alldutschen Propaganda berührt es mehr als peinlich, daß man der Sozialdemokratie behördliche Verbote machen, wenn sie solchen Wahnsinn entgegentritt. In Lüdenscheid wurde die Versammlung verboten, weil kein von der Zensur genehmigtes Manuskript eingereicht worden war. In Hagen wurde die Aussprache über den Vortrag unterlag, und in Ohligs wurde die Versammlung erst im letzten Augenblick genehmigt.

Der Verlauf der Versammlungen gestaltete sich trotz mancher Schwierigkeiten zu einem Triumph für die Partei. Es kann gesagt werden, daß die Massen hinter der Sozialdemokratie stehen und verlangen, daß ihnen die Partei sagt, wie die Verhältnisse liegen. In fast allen Orten hatten sich Genossen aus der Umgegend eingefunden, die stürmisch verlangten, daß bei ihnen auch Versammlungen stattfinden. Die Massen sind nicht versammlungsmüde, sondern verlangen geradezu Versammlungen, allerdings nicht solche mit Parteifraße, sondern solche, in denen sie an Hand der politischen Ereignisse über die Absichten und die Taktik der Sozialdemokratie unterrichtet werden.

### Die Methode des „unabhängigen“ Sozialismus.

Im „Gothaer General-Anzeiger“ erregt sich der neue dort aus Bremen gelandete Redakteur über Ausführungen, die das Mitglied des Parteivorstandes Partels auf der Tagdebürger Bezirkskonferenz gemacht hat. Partels hat dort unter Hinweis auf das vom Parteivorstand herausgegebene „Material zur Parteipolitik“ auf die Darstellung Kühles verwiesen, die von Wittmann im November 1916 in der „Ani. Soz. Review“ veröffentlicht wurde. Danach haben sich Kühle, Westphal, Henke und Herzfeld bereits am 4. August mit dem Gedanken der Fraktions- und Parteispaltung beschäftigt. Die Vier hätten sich nur gefügt, weil die übrigen 10 Kreditgegner nicht mitmachen wollten. Der „General-Anzeiger“ nennt dies eine Legende, eine dreifache Behauptung, eine Unwahrheit, die Partels sich glatt aus den Fingern gezogen habe usw. Merkwürdig ist, daß diese Erregung erst jetzt eintritt! Seit drei Monaten wird die Broschüre mit dem Titel betrieblen. Sie ist sicher dem Gothaer Redakteur nicht unbekannt geblieben. Warum hat er seine Kanonade nicht gegen den Urheber dieser sog. Legende, richtet? Weil er es vorzog, die lägliche Schwäche seiner Position mit den Schimpfereien zu bedenken, die nur bei wohlwollenden Lesern als Beweis politischer Befähigung dienen.

### Mehring siegt über Haase — in Chemnitz.

Eine gut besuchte Versammlung des Vereins der Unabhängigen Sozialdemokraten von Chemnitz und Umgebung hat sich mit folgender Entscheidung ein Ruhmesblatt erworben:

„Die Mitgliederversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten von Chemnitz und Umgebung bedauert, daß die U. S. P. D. keine Leitfäden bekanntgegeben hat, wie sich die Delegierten auf der Stockholmer Konferenz zu stellen gedenken. Die Versammlung schließt sich dem Schreiben Mehrings vollinhaltlich an und wünscht von den Delegierten, daß sie es ablehnen, mit den Scheidemannern gemeinsam zu tagen. Ferner spricht die Versammlung das Verlangen aus, daß sich die Delegierten der U. S. P. D. in der Friedensfrage auf den Boden der

Zimmerwalder Linien stellen. Ansonst die Chemnitzer Mitgliedschaft nicht in der Lage ist, die Delegierten — auch als ihre Vertreter anzuerkennen.“

Für die Leuten, denen der Parteifraße vor den Frieden geht, ist natürlich jedes Wort zuviel. Aber gespannt darf man doch sein, ob sich Haase, ob sich Vernein in dem Terrorismus mündig-gewaltiger Kadikalinskie beugen werden.

## Soziales.

### Wann wird der Ausschluß aus einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit wirksam?

Ein Arbeiter war Mitglied einer früheren eingeschriebenen Hilfskasse, jetzigen Erfasskasse. Er war im Herbst 1913 einige Wochen außerhalb des Kassenbezirks tätig. Als er zurückgekehrt war, wurde er vom Armenverband bis zu seinem am 19. April 1914 erfolgten Tode unterstützt. Der Armenverband verlangte von der Krankenkasse Ersatz der ihm erwachsenen Kosten. Die Kasse lehnte ab, wobei sie geltend machte, der Verstorbene sei dadurch, daß er aus dem Kassenbezirk verzogen gewesen sei, sachungsgemäß ausgeschieden. Als dieser Einwand im Streitverfahren zurückgewiesen wurde, berief sich die Kasse darauf, es sei schon im November 1913 die Streichung erfolgt, weil seit September 1913 keine Beiträge mehr gezahlt seien. Auf Grund dieses Umstandes wies das Oberverwaltungsamt den Armenverband ab. Anders das Reichsversicherungsamt. Dieses verurteilte die Kasse. Der Ausschluß aus der Kasse sei nicht rechtswirksam erfolgt. Als frühere eingeschriebene Hilfskasse, jetzige Erfasskasse, gehöre die Besagte zu den Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit im Sinne des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901. Solche Vereine unterliegen, so weit Gesetz oder Satzung nichts anderes bestimmen, dem bürgerlichen Recht. Der Ausschluß aus einer eingeschriebenen Hilfskasse stelle sich somit als eine einseitige, empfangsbefürchtete Willenserklärung im Sinne des bürgerlichen Rechts dar. Er müsse demnach dem ausgeschlossenen Mitgliede gegenüber erklärt werden und werde nach § 130 des Bürgerlichen Gesetzbuches grundsätzlich erst mit dem Zeitpunkt wirksam, in dem die Erklärung dem Ausschlossenen zugeht. Der Ausschluß sei unfreiwillig nicht mitgeteilt worden. Er war somit nicht rechtsgültig erklärt und folglich unwirksam. Deshalb mußte die Kasse verurteilt werden.

Demnach muß der Ausschluß aus einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (eingeschriebene Hilfskasse, Erfasskasse) dem Ausschlossenen gegenüber erklärt werden und wird erst wirksam, wenn die Erklärung dem Ausschlossenen zugegangen ist.

### Krankengelderhöhung.

Unter der gegenwärtigen Lebensmittelerhöhung leiden wohl am schwersten die für längere Zeit Erwerbsunfähigen. Es dürfte bekannt sein, daß die Krankenziffern einen hohen Stand erreicht haben. Die Ursachen liegen in der unzureichenden Ernährung, der Ausdehnung des Lebensstundensystems und in den ungewohnten Arbeitsverhältnissen der vielen, die ihren Beruf in der Kriegszeit gewechselt haben. Hierzu treten noch zahlreiche Unfallkranke, für welche die Kassen 13 Wochen Krankengeld im voraus leisten. Mit Beginn des Krieges kamen alle erhöhten Krankenleistungen in Wegfall, nur die gesetzlich vorgeschriebenen Regelleistungen blieben aufrecht erhalten. Allmählich erfolgten wieder mit Zustimmung der Versicherungsämter Mehrleistungen, je nachdem der Status der Kasse es gestattete. Von dem Antragrecht, diese Aufbesserungen durch das Versicherungsamt wieder einzuführen, haben nur wenige Kassen Gebrauch gemacht, so daß ein großer Prozentsatz der Kassenmitglieder bei Arbeitsunfähigkeit heute noch schlechter gestellt ist als in Friedenszeiten. Während vorübergehende Krankheitsperioden sich noch einigermaßen ausgleichen lassen, bedeutet eine längere Dauer eine schwere wirtschaftliche Erschütterung der Familie. Nicht nur, daß der Kranke seelisch darunter leidet und die Krankheit mittelbar sich verlängert, geraten auch die Angehörigen in Gefahr, an Unterernährung zu erkranken. Eine Revision der Reichsversicherungsordnung bezüglich Heraushebung der Höchstgrenze des durchschnittlichen Tagesentgelts ist ein dringendes Gebot. Der Höchstjah von 6 M. ist heute unbedingt zu niedrig. Dem entspricht das Krankengeld von 50 Prozent. Bei der hohen Inanspruchnahme der Kassen wird sich eine Erhöhung der Beiträge gewiß nicht umgehen lassen. Bei den gegenwärtig geltenden Durchschnittssätzen ist es anzuerkennen, daß die Ortskrankenkassen für das Bundesdruckgewerbe in Berlin es dennoch ohne Erhöhung mit einer Mehrleistung versuchen will, obgleich die Fürsorge für Kriegsteilnehmer große Ausgaben beansprucht. Sie hat beim Oberverwaltungsamt Groß-Berlin beantragt, dem Krankengeld eine Teuerungszulage von der dritten Woche der Krankheit ab in allen Beitragsstufen von 20 Prozent hinzuzufügen. Ausgenommen sollen diejenigen bleiben, welche für ihre Verpflegung nicht selbst zu sorgen haben (Krankenhaus-, Lazarettausgaben). Die Aufsichtsbehörde hat diesem Antrage zugestimmt und die Erhöhung tritt unmittelbar in Kraft.

Es wäre wünschenswert, daß auch andere Kassen mit ausreichenden Mitteln dieser wichtigen sozialpolitischen Maßnahme sich anschließen, um den Notstand ihrer erwerbsunfähigen Kranken zu mildern.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berlin-Friedenau; für d. Abgaben Teil des Hutes: Alfred Schö, Neudamm; für Inserate: Ed. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Rudolphi u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

**Spolli**  
FRIEDRICHSTR. AN DER KOOSE  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Das vielseitige Varieté-Programm!**  
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Genie:  
**Alha — famos!**  
Große Ausstattung - Operettenposse in 3 Akten mit Gesang und Tanz. Vorher das große Varietéprogramm. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Zirkus A. Schumann**  
Am Bhl. Friedrichstr. Anf. 8 U.  
Rauchen gestattet.  
Kühler Aufenthalt.  
Das große **Varieté-Programm.**  
U. a. Bayer. Alpenspiele.  
Doley und Partner, Exzentrik-Radfahrer.  
Die best. Drahtseil-Künstlerinnen.  
Peppos kom. Dressur-Akt.  
**Halali.** Parforce-Schmitzeljagd.  
Sonntag 8 1/2, und 8 Uhr.  
Nachm. 1 Kind frei sowie Gratis-Pony-Reiten.

**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Zigeuner.**  
Gartenbühne-Vorstellung.

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
**Tirol**  
einst und jetzt.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
„Cabaret Feldgrau“.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Für Militärpersonen an den Wochentagen vollkommener freier Zutritt zu den Stettin. Sängern!

**NATIONAL-THEATER.**  
Köpenicker Str. 68 7 1/2 Uhr  
**Heber 175 Male!**  
**Was junge Mädchen träumen**  
Tolle mit Gesang und Tanz.  
Musik von Walter Bromme.  
**Größter Lacherfolg!**

**Admirals-Palast.**  
**Abakadabra**  
großes phantastisches Ballett auf dem Eis.  
Angenehmer kühler Aufenthalt.  
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

**Volgt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
**Unsere Don Juans.**  
Große  
**Varieté-Vorstellung**  
Anf. 5 Uhr im Garten. Anf. 5 Uhr  
**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Der Mann seiner Frau.  
Gartenstr.: Berlin wie es lebt u. haßt.

**Palast**  
Tägl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.  
**Triumph d. Schönheit**  
und das große, neue  
**Varieté-Programm.**

**Gewerkschaftshaus.**  
Sonntag, den 17. Juni 1917  
im herrlichen Naturgarten:  
**Doppel-Konzert.**

Sonntag abend:  
Ein gr. Posten **Fettgänse** und **Fettenten** a Portion 4,-  
Sonabend ein sehr billiger Schnellverkauf:  
**Kaninchen-Kasseler**, hervorragend im Geschmack, a Pfd. 5,00  
Ein großer Posten schwerer, fetter **Kaninchen** a Pfd. 3,75  
Ein großer Posten **Fettgänse**, ein großer Posten **Fettenten**  
und ein großer Posten **Fetthühner**.  
Ein großer Posten **armdicker Stralsunder Spickhaale**  
a Pfund 8,00.  
**Hühnerbrühe** . . . . . a Liter 60 Pf.  
mit darin gekochten Hühnern a Stück 12,00 M., ein halbes 6,00 M.

Die Steigerung der Wohnungsmieten.

Ein Mahnwort in letzter Stunde.

Nachdem der „Vorwärts“ wiederholt und mit Nachdruck auf die Gefahren hingewiesen hat, die der Allgemeinheit durch das erpresserische Vorgehen gewisser Hausagrarier drohen, ist die Frage des Mietwuchers auch in der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Sprache gebracht worden.

Trotzdem rühren die Behörden sich nicht. Der heilige Bureaumatismus, dem für die Behandlung des neu aufgetauchten Problems das amtliche Schema mangelt, stellt sich taub und stumm und wartet, wie er es gegenüber den Schäden der Lebensmittelverteilung getan hat, bis das Feuer ihm auf den Nägeln brennt.

Aber während die Behörden den Kopf in den Sand stecken, sind die Herren Hauspökos um so rühriger. Kaum ein Tag vergeht, wo uns nicht Mitteilungen über neue wucherische Attentate der Grundbesitzer oder ihrer Organisationen zugehen. Die jüngste Kunde kommt aus Beichenze und meldet, daß die dort bestehenden drei Hausbesitzervereine beabsichtigen, demnächst eine Erhöhung der Mieten um 20 Prozent eintreten zu lassen.

Begründet wird die Maßnahme in erster Linie mit dem Hinweis auf die allgemeine Teuerung, besonders der Hausreparaturen. Kriegsteilnehmer — heißt es — sollen jedoch von der Mietsteigerung ausgenommen sein.

Daß weder dieser Entschuldigungsgrund noch diese zarte Rücksichtnahme immer für nötig erachtet wird, beweisen die empörten Zuschriften, die fast täglich auf unseren Redaktionstisch flattern. So sendet uns heute ein Feldgrauer eine Mitteilung seines Berliner Hauswirts, der den Mietpreis seiner in der Brüsseler Straße 46 gelegenen Wohnung vom 1. Oktober ab um nicht weniger als 25 Prozent erhöht. Der Krieger hat die Wohnung, in der jetzt seine Frau und seine drei Kinder wohnen, seit vier Jahren inne und während der Zeit ist keine Reparatur vorgenommen worden. Der Mann steht seit 2 1/2 Jahren im Felde und bezieht eine tägliche Löhnung von 53 Pf. Den gesamten Jahresbeitrag der Löhnung und noch 131 M. dazu verlangt der Hauswirt jetzt als Mietzins. Bezeichnenderweise wird die Mitteilung der Steigerung auf einem gedruckten Formular gemacht; nur die Adresse, die Daten und die Summe sind schriftlich eingefügt. Die Steigerungsbriefe werden also aneinander in solchen Massen abgeschickt, daß ihre handschriftliche Abfassung zu viel Mühe machen würde. Man kann sich vorstellen, welche Gefühle in unseren Feldgrauen ausgelöst werden, die das Bewußtsein haben, für den gefährlichen Besitz der Daheimgebliebenen die Gefahren und Strapazen des furchtbaren Krieges zu erdulden und sich nun durch derartige Zumutungen belohnt sehen! Wir, denen die Armen ihr Herz ausschütten, können davon ein Lied singen. Aber die Behörden wissen und ahnen noch immer nichts. Denn wüßten und ahnten sie, welche Stimmung gegenüber dem Treiben der Hausagrarier heute schon in sehr weiten Kreisen der Bevölkerung Platz gegriffen hat, so würden sie ihre gefährliche Vogelstraußpolitik auch nicht einen Tag länger aufrecht erhalten!

An praktischen Handhaben zum Eingreifen fehlt es den Behörden nicht, wenn auch das bequeme bürokratische Schema nicht gleich zur Hand sein mag. Das beweist das Beispiel von Kiel, wo der Gouverneur des Reichskriegshafens schon im März vorigen Jahres eine Verordnung gegen Steigerungen der Mietpreise erlassen hat. Sie lautet folgendermaßen:

Die in Kiel herrschende, durch die Aufnahme vom 15. Oktober 1915 nachgewiesene, außerordentlich große Wohnungsnot hat seit längerer Zeit zu vielen und teilweise recht erheblichen Steigerungen der Mietpreise geführt. Diese Steigerungen können hinsichtlich ihrer Veranlassung und ihrer Höhe nur zu einem Teile als berechtigt angesehen werden. Jedenfalls müssen die Wohnungsmieten, die im ersten Vierteljahr 1916 gefordert worden sind, als durchaus reichlich bemessen und den Interessen der Hausbesitzer entsprechend angesehen werden. Es sind aber trotzdem andauernd weitere Steigerungen im Gange und namentlich für das am 1. April beginnende neue Vierteljahr vielfach in Aussicht gestellt. Sie müssen im Interesse des öffentlichen Friedens zur Vermeidung schwerer Unruhen und übermäßiger Belastung der Bevölkerung und als wirtschaftlich nicht berechtigt ebenso nach Möglichkeit vermieden werden, wie unangemessene Preise für Lebensmittel usw.

Auf Grund des § 9b des Belagerungszustandsgesetzes bestimme ich daher folgendes:

Als Miethöchstpreise für alle unmobilierten und mobilitierten Wohnungen, Zimmer und Wohngefasse samt Zubehör ist bis auf weiteres der Preis maßgebend, der am 1. März 1916 dafür rechtsverbindlich war. Für Wohnungen usw., die am 1. März nicht vermietet waren, darf kein höherer Preis verlangt werden, als er nach diesem Grundsatz angemessen ist.

Die Verordnung verbietet dann noch jede versteckte Erhöhung des Mietpreises in Form von erhöhten Beiträgen für Treppenbeleuchtung, Zentralheizung, Warmwasserbereitung usw. und droht Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. Eine ähnliche, allgemeiner gefasste Verordnung hat der Festungskommandant in Wilhelmshaven schon im Juni 1915 erlassen.

Was hier den Militärbehörden auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes möglich ist, das sollten, scheint uns, auch die Zivilbehörden fertig bringen. Vor etwa vierzehn Tagen wandten wir uns — veralg. Schuß der Kriegerfamilien vor Mietsteigerungen — in Nr. 141 des „Vorwärts“ — an die Reichsregierung und sprachen die Erwartung aus, sie werde durch Bundesratsverordnung generell jede Wohnungsänderung von Kriegerfamilien durch den Vermieter verbieten. Heute richten wir, und zwar nicht nur im Interesse der Kriegerfamilien, sondern im Interesse der gesamten städtischen Bevölkerung an die Gemeinden Groß-Berlins die dringende Mahnung, zu schleunigen, energischem Eingreifen. Da die Wohnungen ebenso zum notwendigen Lebensbedarf im Sinne der Kriegsgesetzgebung zählen wie die Lebensmittel und anderes, so geben das Preiswucherergesetz und das Höchstpreisgesetz den Kommunen die Möglichkeit, ähnliche durchgreifende Maßregeln gegen die wucherische Steigerung der

Mietpreise zu ergreifen, wie sie in Kiel und Wilhelmshaven getroffen sind. Die größte Hilfe tut not. Bürokratische Erwägungen, theoretische Erörterungen und diplomatische Vertröstungen sind jetzt nicht mehr am Platz. Der Juni ist der eigentliche ortsbliche Kündigungsmontat. Bevor er abgelaufen ist, muß dem gefährlichen Treiben der Hausbesitzer Einhalt geboten sein. Man täusche sich nicht über den Ernst der Situation: Die Stimmung in weiten Kreisen der städtischen Bevölkerung ist eine derartige, daß man ihr eine weitere Belastungsprobe nicht mehr zuwuten darf!

Groß-Berlin

Die Kohlennot,

die man für den nächsten Winter erwartet, hat in der arbeitenden Bevölkerung Berlins eine Stimmung erzeugt, die teilweise einen panikartigen Charakter trägt. Die Behörden begünstigen sich mit Erörterungen, Erwägungen, Beratungen und Konferenzen. Inzwischen haben die besser situierten Kreise Gelegenheit, ihren Bedarf für den kommenden Winter reichlich zu decken, indem sie ungehindert Tausende von Dreifetts usw. zu Preisen einkaufen können, die dem größten Teil der Bevölkerung unerschwinglich sind. Wir machen die verantwortlichen Stellen in Groß-Berlin darauf aufmerksam, daß es die höchste Zeit zum Eingreifen ist. Die unverzügliche Einführung von Kohlenkarten erscheint als die nächste dringende Notwendigkeit!

Erzeugerhöchstpreise für Obst.

Die gemeinsame Preis-Kommission der Bezirke für Gemüse und Obst für die Stadt Berlin und den Regierungsbezirk Potsdam hat die nachstehenden Erzeugerhöchstpreise festgelegt: Der Preis für die folgenden Obstsorten darf beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Pfund nicht überschreiten: a) Für die Zeit vom 14. bis 20. Juni für Erdbeeren I. Wahl 1 M., II. Wahl 80 Pf., unsortiert 80 Pf. Als Erdbeeren II. Wahl sollen die ganz reifen und beschädigten Früchte gelten und die sogenannte Rachernte. b) Für die Zeit vom 14. bis 28. Juni für Walderdbeeren 1,50 M. Als solche werden gleichzeitig die gartenmäßig gezogenen Monatserdbeeren angesehen.

- Für Johannisbeeren, weiße, rote und schwarze 0,50 M.
Stachelbeeren, reif und unreif 0,40
Himbeeren: a) Röhrenbeeren 0,55 M., b) ausgeleerte Himbeeren (Speisehimbeeren) 0,50
saure Kirichen 0,30
süße Kirichen, weiche 0,55 M., große und harte 0,55
Schattenmorellen und Ratten 0,60
Glasfrüchte 0,60

Im übrigen bleiben die in der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 3. Juni 1917 bekannt gemachten Erzeugerhöchstpreise bestehen.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

In den nächsten Tagen gelangen neue Zuckerkarten zur Ausgabe für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember. Diejenigen Personen, welche ihren Zucker von einem anderen Händler als bisher beziehen wollen, haben diesem Händler die neuen Zuckerkarten bis zum 26. Juni vorzuliegen. Wer die Anmeldung bis zum 26. Juni veräumt, hat den Ausschluß des Zuckerbezuges bis auf weiteres zu gewärtigen. Der Kleinhändler hat die Anmeldung entgegenzunehmen, beide Kontrollabschnitte von der Zuckerkarte abzutrennen und den Kontrollabschnitt, der die Bezeichnung für den Kleinhändler trägt, für sich zu behalten, dagegen den zweiten Kontrollabschnitt, alphabetisch geordnet, gut verpackt unter Angabe des Namens und der Wohnung des Abnehmers der Zuckerzuteilungsstelle Berlin, Kommandantenstr. 80/81 einzuliefern. Ueberföndung durch die Post muß mittels eingeschriebenen Briefes erfolgen. Der Kleinhändler hat spätestens bis zum 28. Juni dem Großhändler, von dem er Zucker beziehen will, die Anzahl der bei ihm eingegangenen Anmeldungen anzuzeigen. Mit Ablauf des 30. Juni verliert die bisherige Kundenliste ihre Gültigkeit.

Jugendliche Zwangssparer

können von ihrem Sparguthaben, wie bekannt, Teilbeträge bei Nachweisung des Bedürfnisses angezahlt erhalten. Diese Auszahlungsbefreiung gilt noch über das 18. Lebensjahr hinaus bis zum Schluß des Krieges, doch höchstens bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres. Wenn Besitzer zwangsweise ersparter Guthabens zum Heeresdienst einberufen werden, erfolgt Auszahlung bis zum Betrage von 50 M. im abgekürzten Verfahren gegen Vorlegung der Einberufungsborder. Die Heeresverwaltung unterläßt es, den Sparlaffen mitzuteilen, wann wieder Einberufungen junger Leute kommen. Mindestens von der Jugendparlaffe der Stadt Berlin ist uns bekannt, daß ihre Mitteilungen darüber nicht zugehen. Da jetzt dann unerwartet und plötzlich ein so starker Andrang geldbehaltender Zwangssparer ein, das eine rasche Abfertigung unmöglich wird. Das Unangenehme ist, daß bei Einberufungen die jungen Leute oder ihre Eltern sich in der Regel nicht auf die sonst so bequeme Ueberföndung durch die Post einstellen können oder wollen, sondern selber sofort das Geld bei der Sparlaffe abheben. Im Hause Vinkstr. 7/8, wo die Berliner Jugendparlaffe untergebracht ist, strömen an solchen Tagen Hunderte von jungen Leuten zusammen, die alle rasch abgefertigt werden möchten und dann manchmal recht lange warten müssen. Man sollte versuchen, ob sich nicht für solche Zeiten ungewöhnlichen Andranges besondere Einrichtungen schaffen lassen, die eine schnellere Abfertigung ermöglichen. Dazu wäre aber nötig, daß die Heeresverwaltung vorherige Mitteilung an die Sparlaffenverwaltung gelangen ließe, damit diese ihre Vorbereitungen treffen könnte. Liebigens wird das Geld den Einberufenen auch in den Garnisonort nachgeschickt, doch den meisten liegt allerdings an sofortiger Auszahlung.

Eine Hauptauskuffung des Deutschen Städtetages ist durch den Vorsitzenden Oberbürgermeister Vermuth auf Sonnabend nach Berlin einberufen. Die Verhandlungsgegenstände betreffen die Regelung der Nahrungsmittelversorgung besonders im nächsten Erntejahr und die Kohlenversorgung im bevorstehenden Winter.

Ein städtisches Fuhramt hat der Magistrat Berlin mit Rücksicht auf die zunehmende Bedeutung des Fuhrwesens innerhalb der städtischen Verwaltung geschaffen. Es ist dem Baurat Szalla, Direktor des städtischen Straßenreinigungswesens, unterstellt.

Im Union-Palast, Kurfürstendam 26, kam am Mittwoch der Film „Die zehnte Zionsflucht“ zur Erstaufführung. Er ist mit Genehmigung des österreichischen Armeekorpskommandos nach der Natur aufgenommen und gibt ein Bild von den ungeduldeten Schwierigkeiten, die in diesem Gebirgsstamm von den Angreifern wie von den Verteidigern zu überwinden sind. Sehr interessant war die Vorföndung des Geföngniskampfes und der Tödtung der Fluggenö.

Schleichhandel im Friseurladen. Ein Wödrmeister, ein Buchhändler und ein Glaser aus Hohenfalsa kauften von Bauern in ihrer Heimat Schweinefleisch für 2,50 M. das Pfund ein und schafften es in Koffern und Körben nach Berlin, um es hier zu sehr hohen Preisen weiter zu veräußern. Bei einem Landmann, einem Friseur in der Lippebner Straße, stellten sie ihre Ware einströveln unter. Das Publikum wurde auf diesen Handel aufmerksam und gab der Polizei einen Wint. So wurden die drei von einem Schuhmann angehalten, als sie in ihren Koffern wieder 140 Pfund Schweinefleisch mitgebracht hatten. Das Fleisch wurde ihnen abgenommen und zunächst zur Untersuchung nach dem Schlachthof gebracht, weil es von heimlich geschlachteten, nicht untersuchten Tieren stammt.

Die von den Toten auferstandene Schaffnerin. Die 24 Jahre alte Arbeiterin Anna Boh war eine Zeilfang auf der Wahn beschäftigt und wurde dann als Schaffnerin angestellt. Nach ihrer Entlassung behielt sie die ihr von der Eisenbahn gelieferte Uniform und benutzte sie zu ausgedehnten Schwindeleien. In dieser Uniform besuchte sie Leute, die sie als Schaffnerin kennen gelernt hatte, spiegelte ihnen vor, daß sie auf ihren Fahrten Gelegenheiten habe, unter der Hand Lebensmittel zu kaufen und ließ sich das Geld im voraus mitgeben. Hierbei nannte sie sich nach einer verstorbenen Schaffnerin Krumm und gab deren Wohnung als die ibrige an. Dort sollten die Frauen die Nahrungsmittel abholen. Wenn sie kamen, erhielten sie den Bescheid, Fräulein Krumm sei gestorben. Sie bedauerten die Kunde und fanden sich damit ab, daß sie durch deren Tod ihr Geld verloren hatten. So war die falsche Schaffnerin vor Entdeckung sicher. Sie fuhr zwischen Berlin und Magdeburg hin und her und betrieb ihre Iohndenden „Geschäfte“ an der ganzen Strecke. Für alle Fälle hatte sie sich zwei Anstellungsausweise geföföft. Nach dem einen war sie in Berlin, nach dem anderen in Magdeburg angestellt. Hielt man sie unterwegs an, so befand sie sich, je nachdem auf der Fahrt nach Berlin oder nach Magdeburg. Der Ausweis half ihr auch hier durch. Jetzt aber hatte sie das Mißgeschick, von einer Betrogenen auf dem Potsdamer Bahnhof gesehen zu werden. Die Frau wunderte sich nicht wenig über die in das Leben zurückgekehrte Schaffnerin und machte einen Beamten auf sie aufmerksam. Dieser brachte sie nach dem Stationsbureau, und so wurde der ganze Schwindel aufgedeckt.

Lebensmittelfartenföföndungen in Tempelhof. Seit einiger Zeit war in Tempelhof das Gerücht verbreitet, daß sich dort geföföftete Lebensmittelfarten in Umlauf beföndeten. Jetzt ist es der Polizei gelungen, festzustellen, daß diese Föföndungen in der Schmidt'schen Konfördia-Druckerei in Tempelhof, in der die Gemeinde die Karten herstellen läßt, begangen worden sind. Als Föföcher ist der Sohn des Geschäftsinhabers ermittelt und verhaftet worden.

Charlottenburg. Stadtverordnetenversammlung. Auf der Tagesordnung der Sitzung vom Mittwoch stand zunächst die Mitteilung des Magistrats betreffend Kriegsföfördige für ganz oder teilweise erwerbslose Angehörige der Textil-, Bekleidungs- und Schuhwarenindustrie. Während in anderen Groß-Berliner Gemeinden diese Föfördige durch Gemeindeföföndung geregelt ist, hat der Charlottenburger Magistrat selbständig ohne Anhörung der Stadtverordnetenversammlung Grundföföndung aufgestellt, die bereits seit dem 1. Mai vorigen Jahres in Kraft sind, von denen er aber erst jetzt den Stadtverordneten Mitteilung macht. Namens der Sozialdemokraten stellte sich Genosse Hirsch auf den Standpunkt, daß der Magistrat kein Recht habe, sich in einer so wichtigen Frage über den Kopf der Stadtverordnetenversammlung hinwegzusetzen. Er beantragte, die Vorlage einem Ausschuß zu überweisen. Die Versammlung begnügte sich jedoch mit bloßer Kenntnisnahme, nachdem u. a. Stadtverordneter Otto (Vch.) erklärt hatte, daß auch seine Freunde den Wunsch haben, daß in Zukunft in solchen Fragen die Versammlung vorher gehöret wird.

Gleichfalls durch Kenntnisnahme erledigt wurde die Magistratsmitteilung betreffend Kohlenbeschaffung für die Gaswerke. In der Debatte teilte Oberbürgermeister Dr. Scholz mit, er glaube, daß es nicht möglich sein werde, mehr Kohlen zu beschaffen als für die Deckung des Bedarfs der Gaswerke notwendig sei. Zur Beratung der Kohlenversorgung der Bevölkerung werde der Ausschuß der Groß-Berliner Gemeinden die erforderlichen Schritte erwägen.

Angenommen wurden die Vorlagen betreffend Kriegsteuerungszulagen für Lehrer an Privatschulen und betreffend die Stadtverordneten-Ergänzungswahlen für 1917. Hiernach sollen diese Wahlen um ein Jahr verschoben werden. Diejenigen Stadtverordneten, die nach Ablauf ihrer Wahlzeit Ende 1917 auscheiden müßten, verbleiben ein Jahr länger, die an ihre Stelle tretenden dagegen ein Jahr weniger in Tätigkeit. Für etwaige Ergänzungswahlen soll wiederum die Wählerliste vom Jahre 1914 maßgebend sein. Auch der Vorlage über Verhinderung der Mittel für Pflegegelder stimmte die Versammlung debattelos zu.

Eine längere Erörterung knüpfte sich an die Vorlage betreffend Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes. Dem Gedanken selbst stellten sich Keiner aller Fraktionen unpathisch gegenüber, aber an den Einzelheiten der Vorlage übten sie scharfe Kritik. Genosse Wehert beauferte in erster Linie, daß nichts von der Arbeitslosenversicherung darin enthalten ist. Die Vorlage wurde schließlich einem besonderen Ausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Gleichfalls an einen Ausschuß ging die Vorlage betreffend Zuzahl von Frauen in Deputationen. Die Vertreter der Parteien begrüßten es übereinstimmend, daß der Magistrat sich entschlossen habe, eine Reihe von Deputationen auch mit Frauen zu besetzen, sie bemängelten aber im einzelnen, daß sowohl die Zahl der Deputationen, in denen Frauen tätig sein sollen, als auch die Zahl der Frauen selbst zu gering ist. Grundsätzlich erklärte Genosse Vorchardt, daß seine Freunde den Frauen die volle politische Gleichberechtigung geben möchten. Leider aber lasse sich dieser Gedanke auf Grund der bestehenden Gesetze nicht verwirklichen. Am so mehr sei es Pflicht der städtischen Körperschaften, den Frauen in weitestem Maße die Mitarbeit in der Verwaltung zu ermöglichen.

Schließlich nahm die Versammlung noch die Vorlage betreffend Anstellung von Schulärzten und Schulpflegerinnen für die Fortbildungsschule an.

Lichtenberg. Eierverteilung. Auf Abschnitt 24 der Eierkarte dürfen je drei Eier einmonnen werden. Der Preis darf 31 Pf. für das Stück nicht übersteigen.

Spandau. Städtische Lebensmittel. Heute beginnt der Verkauf der städtischen Butter auf Feld 11 der Butterkarte. Auf jeden Abschnitt werden 70 Gramm zum Preise von 38 Pf. verausgabt. Mit Ablauf von Donnerstag, den 21., verliert Feld 11 seine Gültigkeit.

Brix. Abgabe von Magergönsen. Es sind Magergönsen aus den besetzten Gebieten bestellt, die in Kürze eintreffen sollen. Die Zuteilung dieser Gönsen erfolgt nur unter der Bedingung, daß davon bis zu 80 Prozent in gemästetem Zustande geschlachtet und gerupft gegen eine noch festzusetzende Bezahlung zurückgeliefert werden. Bestellungen sind an das Lebensmittelbureau der Gemeinde zu richten.

Friedrichshagen. Lebensmittelverkauf. Heute gelangen auf Abschnitt Q der Lebensmittelkarte in allen Geschöften Rubeln zum Verkauf. Auf jede Karte entfällt 1/2 Pfund zum Preise von 26 Pf. Ferner werden voraussichtlich auf Abschnitt P der Eierkarte am Sonnabend Eier verteilt.

# Industrie und Handel.

## Der englische Außenhandel.

Nach dem englischen Handelsausweis betrug im Monat Mai der Wert der Einfuhr 87.020.466 Pfund Sterling und der Wert der Ausfuhr 43.437.266 Pfund Sterling. Dies bedeutet im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres bei der Einfuhr eine Zunahme um 3.837.726 und bei der Ausfuhr eine Abnahme um 8.587.165 Pfund Sterling.

Die Statistik weist also trotz des U.S.-Krieges eine Zunahme der englischen Einfuhr aus — dem Werte nach! Dagegen das Vorjahr alle Preise mächtig gestiegen sind, so ist die Menge der Einfuhr im Vergleich zum Vorjahr geringer, wenn sie auch noch groß genug genannt zu werden verdient, sofern die Statistik nicht zur Irreführung gefälscht ist.

## Betriebsstockung in der Lederindustrie.

Das Kriegsamt schreibt uns: In Nr. 186 des „Vorwärts“ vom 20. Mai 1917 wird unter Bezugnahme auf die „Kölnische Zeitung“ unter der Überschrift „Betriebsstockung in der Lederindustrie“ ausgeführt, die Gerbereien hätten mangels Anweisung auf Lieferung von Rindern, während viele Betriebe wegen Materialmangel kaum aufrecht erhalten könnten.

Diese Schilderung ist nicht zureichend, da aus vielen Mitteilungen der Gerbereien an das Lederzeugungsamt ersichtlich ist, daß die meisten Firmen den Lieferungsverpflichtungen, die ihnen durch die Anweisungen des Lederzeugungsamtes erwachsen, kaum in diesem Umfang gerecht werden können; es ist also nicht anzunehmen, daß zurzeit überhaupt die Möglichkeit zur Anbahnung von Lederwaren in den Gerbereien besteht. Außerdem aber sind die Gerbereien verpflichtet worden, alle bei ihnen etwa aufkommenden Vorräte an den zurzeit für Meer oder Zivilbevölkerung wichtigsten Lederarten dem Lederzeugungsamt zu melden, damit darüber verfügt werden kann. Solche Vorräte werden entweder einer militärischen Beschaffungsstelle oder einem „beauftragten Lieferer“ (Effektenfabrik, Sattlerei und dergleichen) zugewiesen oder freigegeben. Im letzteren Falle führt sie die Kontrollstelle für freigegebenes Leder der Zivilbevölkerung zu.

## Gerichtszeitung.

### Urlaubsgewährung und Rüftungsdarstellerstreik.

Die Firma Ludwig & Co. hat im Jahre 1913 durch Zustimmung der Betriebsbekanntmachung, daß den Arbeitern, welche länger als ein Jahr bei der Firma beschäftigt sind, alljährlich ein Urlaub gewährt wird, dessen Dauer sich nach der im Betriebe zurückgelegten Beschäftigungszeit abmisst. Ein Arbeiter, dem der Urlaub für dies Jahr verweigert worden ist, klagte bei der Kammer 5 des Geweregerichts auf Zahlung des Lohnes für die Urlaubszeit. Der Kläger behauptet, der Urlaub sei ihm — und nicht nur ihm allein — lediglich deshalb verweigert worden, weil er den Streik der Rüftungsdarsteller am 16. und 17. April mitgemacht hat. Vor dem Streik sei vielen Arbeitern der ihnen für dies Jahr zustehende Urlaub bereits erteilt worden, aber nach dem Streik habe die Urlaubsbewilligung aufgehört. — Der Prozessvertreter der Firma bestritt diese Behauptung nicht, sondern er bestätigte sie indirekt durch die Angabe, vor dem Streik sei einer Anzahl von Arbeitern der zum späteren Antritt des Urlaubs berechnete Urlaubsschein erteilt worden. Wer den Schein bereits hatte, dem habe man ihn nach dem Streik nicht wieder entziehen können. In rechtlicher Hinsicht führte der Vertreter der Firma aus, die Urlaubsgewährung sei eine freiwillige Leistung der Firma, welche den Zweck habe, die Arbeiter im Betriebe der Firma festzuhalten. Einen Anspruch auf Urlaub habe niemand, ebenso wenig bestünde ein Anspruch auf Lohnzahlung während der Urlaubszeit. Wer seinen Urlaub antritt, der bekomme von der Firma eine Unterstützung. Wer den Urlaub nicht antritt, erhalte die Unterstützung nicht, und wer keinen Urlaub bekomme, habe also auch keinen Anspruch auf Entschädigung.

Diese Ausführungen lassen darauf schließen, daß die Firma Ludwig & Co. tatsächlich die Arbeiter, welche sich am Streik beteiligt haben, durch Entziehung des Urlaubs bestraft. Ein solches Verhalten nach einem durch Verhandlungen beigelegten Demonstrationsstreik läßt sich in keiner Weise rechtfertigen.

Über die Firma geht noch weiter. Sie hat gegen den Kläger Widerklage erhoben, wodurch sie vom Kläger 8.88 M. verlangt, weil er sich am 16. und 17. April am Streik beteiligt hat und dadurch der Firma angeblich einen Schaden in dieser Höhe verursacht haben soll.

Das Gericht wies Klage und Widerklage ab mit der Begründung: Dem Anspruch auf Entschädigung für nichtgewährten Urlaub steht § 233 des Bürgerlichen Gesetzbuches entgegen, welcher sagt, daß wegen eines Schadens, der kein Vermögensschaden ist, Schadenersatzansprüche nur in den durch Gesetz bestimmten Fällen erlangt werden können. — Der Urlaub soll der Erholung der Arbeiter dienen, er soll ihre Leistungsfähigkeit erhöhen, also ihrem Körper zuzute kommen. Wird ein dem Arbeiter zustehender Urlaub nicht gewährt, so tritt dadurch ein Vermögensschaden in der Regel nicht ein. Nachgewiesen ist ein solcher im vorliegenden Falle nicht. So betreuend es in sozialer Beziehung auch ist, muß das Gericht doch aus juristischen Gründen den Schadenersatzanspruch des Klägers abweisen. Um solche Widersprüche zwischen sozialem Empfinden und juristischen Gesichtspunkten zu vermeiden, wäre es empfehlenswert, wenn bei Urlaubsvereinbarung durch Tarifvertrag im Verträge bestimmt würde, daß bei Nichtgewährung des Urlaubs eine entsprechende Entschädigung zu leisten ist. — Die Widerklage der Firma ist unbegründet. Nach der Arbeitsordnung besteht im Betriebe der Firma keine Kündigung. Das Arbeitsverhältnis kann danach jederzeit gelöst werden. Mit dem Augenblick, wo der Kläger die Arbeit niederlegte, um sich am Streik zu beteiligen, hatte er das Arbeitsverhältnis gelöst. Die Firma war berechtigt, die Fortsetzung desselben nach dem Streik abzulehnen, ohne daß der Kläger deswegen einen Schadenersatz verlangen konnte. Ebenfalls kann die Firma Schadenersatz dafür beanspruchen, daß der Kläger die Arbeit niedergelegt hat.

## Aus aller Welt.

### „Der heimliche König von Düsseldorf.“

In Düsseldorf waren der Kommerzienrat Hermann Schöndorff und der Epileptiker S. Daniels verhaftet, der erste gegen eine Reue von zwei Millionen, der zweite gegen 100.000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt, dann aber sind beide wieder in Haft genommen worden. Die Verhafteten hatten in Holland Zigarren in großen Mengen auf gekauft, um sie an das rote Kreuz, die freiwillige Liebesaktion, an Stabverwaltung, Jagareite usw. zu bedeutend erhöhten Preisen, zum Teil auch unter weiterer Berechnung von Konjunkturgewinnen loszuschlagen. Schöndorff ist Holzindustrieller und Bodenspekulant; mit dem Zigarrenhandel hatte er bisher nie etwas zu tun gehabt. Das Schlimmste ist, daß er dem roten Kreuz, das er übernahm, als Vorstandsmitglied angehört. Schöndorff und sein Bruder haben in Düsseldorf einen außerordentlich großen Einfluß, der sich während des Krieges so steigerte, daß man, wie das „Düsseldorfer Tagblatt“ schreibt, mitunter glauben möchte, sie seien die „heimlichen Könige von Düsseldorf“. Dies Blatt schlägt nun Alarm, weil „von a m l i c h e n und anderen Stellen“ Bemühungen im Gange seien, den Kommerzienrat wegzuschaffen. „Im Namen der öffentlichen Moral“ fordert es, daß „von keiner a m l i c h e n Stelle“ in das Verfahren eingegriffen oder Stimmung zu machen versucht werde. Es dürfe nicht der Schatten eines Anscheins möglich sein, als ob man in Düsseldorf nur die Kleinen Diebe hängen wolle.

### Einsturz einer französischen Fabrik.

Am Mittwoch morgen ist ein Teil der Gebäude des Werks Renault in Villarcourt eingestürzt. Der Unfall ereignete

sich in einem 150 Meter langen, drei Stockwerke hohen Gebäude, in welchem sich große Werkzeugmaschinen befanden. Gegen 10 Uhr morgens ließ sich das erste Stochen vernehmen; man gab Alarmzeichen und zahlreiche Arbeiter verließen die Werkstatt. Ungefähr zehn Minuten später stürzte das Gebäude zusammen. Bei den Aufräumungsarbeiten wurden bisher zwanzig Tote geborgen. Es wurden 66 Personen verletzt.

Wegen Raubmordes an seiner eigenen Mutter wurde der Einjährig-Freiwillige Corporal Wöhling vom Standgericht des Brauer Kreisgerichts zum Tode durch den Strang verurteilt.

Eine Belohnung von 1000 Mark schloß die Staatsanwaltschaft in Hannover auf die Ergreifung des Mörders des über 70 Jahre alten Schankwirtes Hermann Harmelin in der Luisenstraße zu Hannover aus, der in seinem Lokal mit durchschüttelter Kasse tot aufgefunden wurde. Eine Brieftasche mit mehreren Hundert Mark sowie eine goldene Uhr mit Kette und ein goldener Diamantring sind geraubt.

Größter Ermordeter. 14. Juni. Die Papierfabrik Einleben der Norddeutschen Lederpappfabrik A.-G. ist in der vergangenen Nacht von einer großen Feuersbrunst heimgesucht worden. Der Brand brach etwa um 11 Uhr abends aus und verbreitete sich sehr schnell über den größten Teil der Fabrikanlagen, von denen nur einige Nebengebäude gerettet werden konnten. Insbesondere ist die Hauptfabrik mit der großen Papiermaschine vollständig vernichtet worden.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten und Nichtabonnenten am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 9 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Wahlrecht und eine Zahl als Verfassenden beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Monumentschaltung beigesetzt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Briefe und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

- N. 699.** Wir empfehlen Ihnen: Führer für den Willkürschlichter. Zu beziehen vom Kommissar-Bureau. (Preis 20 M.) Auf Seite 30 ist darin Näheres nachzulesen. — **N. 7. 6.** Sie müssen den Aufsatz durch das Einmahnenamt einreichen und Sie dann auffordern, die Sachen abzuholen. — **J. I.** 852. Führer 2. — **N. 699.** 1. Das Geld ist Ihr Eigentum, da das Buch auf Ihren Namen lautet. 2. Ja. — **N. 36.** Natürlich kann in dem Fall das Urteil gelöst werden. Die ordnungsgemäße die Kündigung an Ihren Mann (wobei wie an Sie erfolgt ist, werden Sie unweifelhaft zur Rücknahme der Wohnung zum 1. 10. zurückerhalten werden. Es ermahnen Ihnen also auch die Stellungsfläche umsonstige Kosten. — **N. 6. 1.** Bei einer Klage würde sich doch der Anwalt umsonst aufhalten; Sie können doch keinen Eid leisten, daß Sie im Fall schon die Klage gerichtlich haben. 2. Er unterliegt dem Willkürschlichter. — **100. W. 11.** Ergänzungsanmeldung steht Ihnen erst nach 17. jähriger Dienstzeit als Unteroffizier zu. — **N. 69.** — **N. 69.** Sie haben keinerlei Anspruch auf Nachzahlung des damals veranlagten Betrages. Selbstverständlich dürfen Sie die Karte nicht entfernen. — **N. W. D. 23.** Mit der Zahlung von 60 M. sind Sie in diesem Fall abgefunden. — **D. 17.** Wenn Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird, hat die Frau Anspruch auf Unterstützung, die von der Gemeinde des jetzigen Wohnortes gezahlt werden muß. — **N. 1314.** 1. Sie sind zur Steuerzahlung nur bis zum Tage Ihrer Einbürgerung verpflichtet. 2. Nein. — **N. 3. 500.** 1. Nein. 2. Ja. — **N. 6. 9.** Bei Wiedererhebung erhält die Kriegswitwe nur für den Monat, in dem sie die Ehe einget, noch die Rente. Ein im Reichstag gefasster Antrag, den Kriegswitwen die Wiedererhebung eine höhere Zulage zu gewähren, ist noch nicht erledigt. — **N. 6.** In das 1. Generalkommando des 6. Armeekorps in Polen. — **N. 6. 12.** Sie sind zur Rücknahme der Wohnung verpflichtet. — **600.** Das müßte in einer gewissen Entscheidung zum Ausdruck gebracht werden, wie können Ihnen Bestimmungen darüber nicht sagen. Das für die Kinder gezahlte Geld gehört diesen als Vermögen. Eine Entscheidung kann in diesem Fall nicht ausgeprochen werden, da Verjährung wieder eingetreten ist. Zum Eid hätten Sie nicht gezwungen werden können.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Zunächst vorwiegend heiter und trocken, am Freitag sehr warm; später langsam von Westen nach Osten fortwährende Gewitter mit Abkühlung.

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Worten, betreffend Beschaffung und Bestandserhaltung für elektrische Maschinen, Transformatoren und Apparate tritt mit Beginn des 15. Juni 1917 in Kraft. Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagtafeln und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Berlin, den 15. Juni 1917. 374. I. 201. 17. Der Polizeipräsident.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.  
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 186, 1209, 1087, 9714.

Sonntag, den 17. Juni 1917, vormittags 10 Uhr:

**Bersammlung**  
aller in Zink-, Zinn- und Bleigießereien  
beschäftigten Kollegen und Kolleginnen  
im Lokal von Müller, Alexandrinenstraße 32.

Tagesordnung:  
1. Bericht und Finanzberichte.  
2. Abrechnung unserer Bildtafel-Sammlung.  
3. Bericht über den  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter**  
Filiale Neukölln.

Bersammlung  
am Sonnabend, den 16. Juni, abends 9 Uhr,  
im Lokal von Kramer, Reichenstraße 69.  
Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung.  
Die Ortsverwaltung.

Wer zuverlässiges Schweißwerk,  
Geschirre, Leder, Zehnhaken,  
Fahrradmäntel, Filz usw. selbst  
ausbeuern will, verwendet vorzugs-  
weise die  
**Nähmaschine Stepperin D. 2. 6. 1.**  
Solide, beste Konstruktion. Näh-  
tiefen wie Maschinen. Leicht  
zu handhaben. Garantie für  
brauchbarste. Viele Ausstattun-  
gen. Preis Mk. 2,50 mit  
Nachlieferung und Leinwand,  
verpackt und postfrei.  
In Lederhüllen käuflich  
oder direkt durch  
**Joh. Zucker**  
Stuttgart-Botnang.

**Radfahren** dürfen  
Sie auf unserer  
**Original-Standard-  
Fahrrad-Bereitstellung!**  
Bette der Wagenmarkt, leichtes  
fahren, geländes Aussehen.  
**Standard-Company,**  
Berlin 5, Kottbusdamm 91.  
Bestreiter überall geliebt.

**Uhren - Goldwaren**  
Piltz & Co., Lindenstr. 100.

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a  
empfiehlt gute preiswerte Möbel  
**Muster- u. Lagerräume:**  
**6696 □ - Meter groß.**  
Bestichtigung ohne Kaufzwang gestattet.  
Illustrierte Katalog Nr. 13 gratis und franko!  
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

**Jeder sei gerüstet**  
an dem friedlichen Wettkampfe teilzunehmen, der diesem Kriege folgen wird. Hierzu befähigt ihn am sichersten eine umfassende Allgemein- u. fachliche Bildung.  
**Rasch und gründlich**  
führt die Methode Rustin (5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstrebenden ohne Lehrer durch Selbstunterricht auf energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaft, geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann. Die geb. Handlungsgehilfen, Bankbeamte, Einj.-Frau, Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrprüfung, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbauschule, Präparand, Konservatorium. Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderung im Amt, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch **Bonnes & Hachfeld, Potsdam Postfach 224.**

**Spezialarzt**  
Dr. med. Coleman  
für Haut-, Hals-, Frauenleiden  
nerv. Schwäche, Bekranke,  
Ehrlich - Muta - Kuren,  
(Dauer 12 Tage), Behandlung  
schnell, sicher und schmerzlos  
ohne Berufsunterbrechung.  
Königstr. 34-36, Stadthof,  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

**Arbeiter-  
Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Metall-  
arbeiter  
**Eduard Duske,**  
Ruppiner Str. 11,  
am 11. Juni gestorben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 15. Juni, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedens-Kirchhofes in  
Kordens aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.

**Verband der Bureauangestellten Deutschlands.**  
Ortsgruppe Groß-Berlin  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Kranken-  
tassenangehörte  
**Ludwig Walter**  
am 12. Juni 1917 im Garnison-  
lazarett zu Tempelhof im 42. Le-  
bensjahr verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 16. Juni, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Garnison-Friedhofes in  
der Halenselbe aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
47/3 Die Ortsverwaltung.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse  
der Stadt Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß der Krankenassenangehörte  
**Ludwig Walter**  
am 12. Juni 1917 im Garnison-  
lazarett zu Tempelhof im 42. Le-  
bensjahr verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 16. Juni, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Garnison-Friedhofes in  
der Halenselbe aus statt. 277/16  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Angestellten-Ausschuß.

**Widmung**  
zum 29. Geburtstag meines lieben  
Mannes, des Landsturmmanns  
**Hermann Richter**  
gestorben am 31. Mai 1916.  
Die trauernde Witwe  
**Baldina Richter**  
geb. Gabriel.  
Wieder Hermann, ruh' in Frieden.

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Masche,  
direkt am  
Friedrichstr. 90  
Stadtbahnhof  
Behandl. von Syphilis, Haut-,  
Harn-, Frauenleiden, Ipez. Chron.  
Häse, Ehrlich-Muta-Kuren, Amers-  
sole, kürzeste Behandlung ohne Be-  
rufsunterbrechung, Vortragslehre, Kög.  
Breite Teilzahlung, Sprechstunden  
10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Sektorkorken**  
bis 25 Pfennig.  
**Weinkorken**  
3/4 Pfennig  
sowie alle anderen Sorten ge-  
brauchliche und neue Korken  
kauf  
**W. Nelke,**  
Berlin, Krausenstr. 75  
(neben Kampinski)  
u. Steglitz, Bergstr. 2.  
9-12, 3-7.

**Ox Beine**  
Leidenschaftliche Bekämpfung der  
Schwäche von „Progressio“  
gel. wird. Das Ox Beine  
mittel ist ein menneber  
Spezial-Behandlungsmittel  
gegen alle Beschwerden der  
Leidenschaftlichen.  
Königsstr. 34-36, Stadthof, 10-1.

**Gänsepfotefleisch**, Pfd. 2,50  
Schwefelpepfer . . . . . 1,25  
Zwieback . . . . . 1,25  
Pfeifer . . . . . 1,25  
Schmidt vorm. Tasche, unter 21.



